

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Sturm in Sicht!

F. K. Wenn es durch den Strom geht, wechsele nicht die Pferde! Von diesem guten Rat scheint der Kreis nichts zu halten, dessen Herrschaft das deutsche Volk seit Jahr und Tag erleidet. Er hat immer, wenn Wirtschaft und Politik vor einer Untiefe standen, das Gespann gewechselt. Er drängte, als das Arbeitslosenproblem sehr akut wurde, das Kabinett Müller aus dem Amte, dann trieb er zur Reichstagsauflösung, und jetzt, wo wir vor einem beispiellosen wirtschaftlichen Frostwetter stehen, hat dieser Kreis den Rücktritt des Kabinetts erzwungen, das unter dem Namen Brüning geht.

Bei dem unergötlichen Getriebe war Dr. Brüning der Hoffnungsträger des maßgebenden Kreises. „Das beste seit Bismarck!“ bewertete der alte Junker Oldenburg den Zentrums-Reichsanzler. In der Bewertung ist allerdings allgemein eine Änderung eingetreten. Der maßgebende Kreis hält „das beste seit Bismarck“ nun nicht mehr genügend; er braucht einen Mann von noch schwerindustriellerem Schrot und Korn, was gewiß etwas besagen will. Ein Mann oder Kabinett wird für unerlässlich gehalten, das das Geschäft der Schwerindustrie ohne Bedenken betreibt. Das Zentrumsblatt Der Deutsche sagt bestimmt nichts Neues, wenn es schreibt, daß die erbittertesten Gegner des bisherigen Kabinetts aus dem Unternehmerlager kommen; insonderheit seien es die Generaldirektoren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die im Verein mit Hugenberg „aufräumen“ wollten; ihnen sei die Regierung Brüning noch zu sozial, zu gewerkschaftsfreundlich, zu sozialistisch. Nicht nur habe sie immer Lohnabzüge von bloß 7 vH besorgt, während die Unternehmer 12 bis 20 vH forderten; auch habe sie Tarifrecht und Schlichtungswesen erhalten wollen. Das sei für die Generaldirektoren mehr, als sie zu ertragen vermöchten.

Was das Zentrumsblatt da schreibt, hat alle Wahrscheinlichkeit für sich. Die großen Herren der Schwerindustrie, hielten bis jetzt dafür, nur zu herrschen, das schwierigere Regieren aber einem Zentrums-Gewerkschafter zu überlassen. Als das Sofort-Programm der großen Unternehmerverbände erschien, konnte selbst der politisch Einäugige erkennen, was die Stunde geschlagen hatte. Unsere eigentliche Oberherrschaft hält jetzt dafür, daß der Zentrums-Gewerkschafter seine Aufgabe erfüllt, die Vorarbeit für ein reaktionäres Kabinett ohne milderndes Beiwort geleistet habe: die Schwerindustrie will nicht mehr nur herrschen, sondern sie will fortan selbst die schwierige Kunst des Regierens ausüben. Was daraus entspringt wird und muß, läßt sich heute schon ohne jede Prophetengabe voraussagen. Offenbar kommt den Spitzen der Kapitalistenklasse das — Ende der kapitalistischen Herrlichkeit nicht schnell genug.

Der Zentrums-Reichskanzler hat sich redlich bemüht, seine Widersacher von der reaktionären Seite zu besänftigen. Jede seiner Notverordnungen und jeder Schiedsspruch der amtlichen Schlichter beweisen das zur Genüge. Während der ganzen Zeit dieser Regierung ist die Lohnkürzung ununterbrochen fortgegangen und hat die Befastung der unteren Schichten durch Steuern und Kürzungen ihrer Bezüge nicht aufgehört. Wenn darob selbst die doch lammsgeduldigen christlichen Proletarier aufbegehren, ist von der Regierung ein Aufruf erschienen oder ein Minister hat eine Rede gehalten, worin der Arbeiterklasse Erleichterungen oder eine Preissenkung versprochen wurde. Noch ehe sich daraufhin die Empörung etwas gelegt hatte, hob die Ausquetscherei der Arbeiterschaft von neuem an, während sie nichts von der heilig und oft versprochenen Preissenkung spürte, auch nichts von der Kürzung der Gehälter und Pensionen der Schwerverdiener, nichts von einem Abbau der Preiskartelle, nichts von der Milderung des Zollwuchers und auch nichts von der Einführung der 40-stündigen Arbeitswoche.

Daß diese Art von Regierungspolitik die arbeitenden Schichten zu heller Empörung bringen mußte, versteht sich. Wenn sie mit Ministerreden nicht mehr zu dämpfen war, wurde eine Kommission eingesetzt oder eine „gemeinsame Verhandlung der beiden Partner des Wirtschaftsprozesses“, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften, angekündigt. Dadurch vermeinte die Regierung, sich der Verantwortung ihrer sozialreaktionären Politik zu entledigen, sie auf die Gewerkschaften abschieben zu können. Das war insonderheit der Fall in Sachen der 40stündigen Arbeitswoche. Die Regierung wagte nicht, ihre Versprechen und sozialen Pflichten zu erfüllen, sie hat nur immer die Forderungen des Unternehmertums erfüllt. So mußte es kommen, daß der Lohn um 20 bis 25 vH geringer und die sozialen Einrichtungen ausgehöhlt wurden, während die Warenpreise nur kaum fühlbar fielen und die Preiskartelle wie der Zollwucher ihre Schröpferi uneingeschränkt weiter verübten.

Trotz alledem und alledem hat die Regierung Brüning nicht vermocht, sich die kapitalistische Oberschicht geneigt zu erhalten. Just in der Stunde ihres Rücktritts hat die Regierung noch eine Notverordnung erlassen, die neben Milderungen einiger sozialer Bestimmungen, die Verordnung vom 5. Juni der reaktionären Sippe abermals Vorteile bringt, nicht nur geldliche, sondern auch politische. Es werden äußerst wichtige, von der Reichs-

verfassung verbrieft Rechte und Freiheiten außer Kraft gesetzt, so die Unverletzlichkeit der Person, der Wohnung und des Briefgeheimnisses, dann das Recht der freien Meinungsäußerung, der Versammlung ohne besondere Erlaubnis, der Bildung von Vereinen und Gesellschaften und der Gewährleistung des Eigentums.

Das ist eine Beseitigung demokratischer Errungenschaften von unerhörter Tragweite. Die Regierung Brüning hatte demnach noch nicht genug an dem, was sie schon dem deutschen Bürger an politischen Rechten und Freiheiten genommen hatte; sie hat ihm kurz vor ihrem Rücktritt noch bedeutend mehr verfassungsmäßige Sicherheiten entzogen.

Aber auch damit hat die kapitalistische Oberschicht nicht zufriedengestellt werden können. Noch ehe der Zusammentritt des Reichstags, der 13. Oktober, herangekommen, ist das Kabinett Brüning von reaktionären Händen torpediert worden. Die „nationale Opposition“ hält ihre Stunde für gekommen. Sie will durch u n e i n g e s c h r ä n k t e n Gebrauch der staatlichen Machtmittel den Niedergang der kapitalistischen Ordnung aufhalten. Was das für die Arbeiterklasse bedeutet, dürfte jedem halbwegs Denkenden klar sein. Die Verschlechterung

der Wirtschaftslage, die Verschärfung des Mißtrauens im Innern und außen, die Zunahme der politischen Spannung und der allgemeinen Unsicherheit können nicht ausbleiben. Und die niederdrückenden Folgen von alledem werden in erster Linie die unteren Schichten zu tragen haben, die Schichten, die schon jetzt am Zusammenbrechen sind.

Hoffentlich ist sich jetzt jeder Arbeiter darüber klar, um was bei der jetzigen Regierungsbildung gewürfelt wird: es geht im Grunde darum, den Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse aufzuhalten. Und hoffentlich ist sich auch jeder Arbeiter darüber klar, was das für seine sozialen Errungenschaften, seinen Lohn und Arbeitsbedingungen und für seine politischen Freiheiten bedeutet.

In dieser höchst schicksalsschweren Stunde der Arbeiterklasse sollten alle kleinlichen Streitigkeiten und Eigenbröteleien verschwinden. In dieser Stunde darf es nur eins geben: Einigkeit und Zusammenschluß der Kräfte und ernste Entschlossenheit, die Sache der Arbeiterklasse zu vertreten. Ohnedem ist für sie kein Heil. Nur wenn die Arbeiterklasse einig, geschlossen und kampftschlossen ist, vermag sie den neuesten Sturm ihrer Feinde abzuwehren.

Das möge ja kein Proletariat vergessen. Je weniger er das vergißt, um so eher werden seine Feinde ihre Pläne vergessen müssen.

Blaublütige Nichtstuer werden versorgt

Der Freistaat Mecklenburg-Strelitz ist vor kurzem vom Oberlandesgericht zu Rostock verurteilt worden, an drei „Landesmütter“ erhebliche Summen auszus zahlen. Die Tageszeitungen berichteten unterm 29. September darüber:

„Im Rechtsstreit der Prinzessin Marie zur Lippe, der Prinzessin Militza von Montenegro und der früheren Großherzogin Elisabeth von Mecklenburg-Strelitz gegen den Freistaat Mecklenburg-Strelitz wegen Aufwertung ihrer Abfindungen hat das Oberlandesgericht zu Rostock heute das Urteil verkündet, wonach der Freistaat Mecklenburg-Strelitz zu zahlen hat: an die Prinzessin Marie zur Lippe 161 300 M, an die Prinzessin Militza von Montenegro 500 000 M. Bezüglich der Großherzogin wurde der Schiedsspruch in Höhe von einer Million Mark mit 8 vH Zinsen seit dem 15. Juli 1925 für vollstreckbar erklärt.“

Es ist höchste Zeit, daß diesem unerhörten Unfug durch Reichsgesetz ein Ende gemacht wird. Entschiedenster Widerstand diesen Fürsten a. D., deren Vorfahren ein Graf Mantuffel, ein freimütiger Junker und Kenner der deutschen Fürstentümer, einst folgendes ins Stammbuch schrieb: „Deutschland wimmelt von Fürsten, von denen drei Viertel kaum gesunden Menschenverstand haben und die Schmach und Geißel der Menschheit sind. So klein ihre Länder, so bilden sie sich doch ein, die Menschheit sei für sie gemacht, um ihren Albernheiten als Gegenstand zu dienen... Ihre oft zweideutige Geburt, als Zentrum allen Verdienstes betrachtend, halten sie die Mühe, ihren Geist oder ihr Herz zu bilden, für überflüssig oder unter ihrer Würde. Wenn man sie handeln sieht, sollte man glauben, sie wären nur da, um ihre Mitmenschen zu vertieren, indem sie durch die Verkehrtheiten ihrer Handlungen alle Grundsätze zerstören, ohne die der Mensch nicht wert ist, ein Vernunftwesen zu heißen.“

Von dem so beschriebenen Gelichter hat sich zwar das deutsche Volk befreit, es hat aber damals nicht gründlich genug gehandelt. Das Versäumte muß endlich nachgeholt werden, um diesen beispiellosen Raffkes das Handwerk zu legen. Die sozialistische Reichstagsfraktion sollte erneut darauf drängen, daß diesem Unfug durch Reichsgesetz endlich Einhalt geboten wird. Noch besser wäre, daß durch Volksentscheid

diese Gottesgnädlinge enteignet würden, denn ihr „legitimer Besitz“ ist doch nur dem Volke geraubtes Eigentum.

Allein, nicht nur gegen die „angestammten Landesväter“ ist die deutsche Republik sehr freigebig. So erhält beispielsweise der abgedankte „Zar“ Ferdinand von Bulgarien große Summen dafür, daß „Er“ damals an der Seite der Mittelmächte in den Krieg trat. Bevor er diesen Schritt tat, ließ er sich damals von der deutschen Regierung Sicherheiten dafür geben, daß ihm der Bund mit den Mittelmächten persönlich geldlich nicht schädigte. Dabei sollte es ganz gleichgültig sein, wie der Krieg ausging und wie das Bulgarenschicksal sein werde.

Am 11. Januar 1921 sind dem Exzaren Ferdinand — laut Bericht des Direktors Ritscher von der Reichskreditanstalt — 1,5 Millionen Goldmark gezahlt worden. Dafür soll er schriftlich bestätigt haben, daß nunmehr „alle Zusagen der Reichsregierung vom Jahre 1915 abgegolten“ seien. Drei Jahre nach dieser Abfindung zahlte das Reich dem Ferdinand noch eine Million Goldmark. Im Jahre 1925 zahlte dann das Reich wieder eine Million.

Trotz dieser beträchtlichen Zahlungen erhob Ferdinand im April 1927 die Forderung nach neuen Zuwendungen, und zwar in Form einer Jahresrente. Nach langen Verhandlungen wurde ihm am 22. Dezember 1927 eine jährliche Rente von 120 000 M zugebilligt. Darüber hinaus soll der Bevollmächtigte Ferdinands, General Ganschew, im Februar dieses Jahres von der Regierung Brüning-Dietrich einen Reichsbankscheck von 500 000 M für den „Zaren“ erhalten haben.

Das Erstaunlichste ist jedoch, daß einmal die Reichskanzlei, einmal das Finanzministerium, einmal das Büro des Reichspräsidenten als Zahlstelle auftrat, so daß Herr Ritscher in seinem Gutachten erklärte, dieser Wechsel der Zahlstellen habe wohl die Übersicht erschwert und dem geschickten Zaren zu Sondereinahmen verholfen. Ferdinand soll übrigens immer darauf bestanden haben, daß kein Mensch von der Sache erfahre, auch nicht sein Sohn, der jetzt „regierende“ König Boris.

Es ist geradezu toll, wie das Reich mit den Millionen umwirft, wenn es sich um abgetakelte „Monarchen“ handelt, während breite Volksmassen am Hungertuche nagen und nicht mal einige lumpige Millionen übrig sind, um bedürftigen Schulkindern ein Frühstück zukommen zu lassen. K. E.

Beweglichkeit der Tarifröhne

Von H. Schliestedt

Mit erheblicher geistiger Anstrengung ist es wieder einmal gelungen, für eine alte Arbeiterfeindlichkeit eine neue Idee zu fabrizieren: Beweglichkeit der Tarifröhne. Vielleicht ist der Schuldige daran der Professor Brandt vom Marktforschungsinstitut, der im September im Berliner Tageblatt einen Artikel veröffentlichte mit dem Vorschlag, die Unabdingbarkeit der Tarifröhne um „20 vH herabzusetzen und damit die Beweglichkeit der Löhne anzubahnen“. Ist sich der Herr Professor der Tragweite seines Vorschlages bewußt gewesen, dann um so schlimmer für ihn, denn ein größerer Dienst konnte den gesamten Reaktionären nicht geleistet werden. Denn mit seinem Vorschlag können gleich zwei Angriffe gegen die Arbeiterschaft vorgetrieben werden: erstens die Herabsetzung der Tarifröhne um 20 vH, und zweitens das Tarifrecht vollkommen zu zerschlagen. Es ist im Grunde genommen die alte Geschichte, den Arbeitenden die ganzen Folgen der Krise aufzuhalsen und dieser Absicht auch noch ein wissenschaftliches Mäntelchen umzuhängen. Vielleicht möchte man den Arbeitern auch noch einreden, daß sie gar nicht geschädigt werden, sondern alles aus purer Fürsorge für sie geschieht.

Sind denn die Löhne nicht beweglich? Jeder Arbeiter hat bittere und berechtigte Klagen über die Beweglichkeit der Löhne nach unten zu führen, und der Herr Professor hat von Tuten und Blasen keine Ahnung. Gemein-

gefährlich wird er aber, wenn die Regierung, insbesondere der Reichskanzler Brüning, diesen Plan mit Inbrunst verfolgt. Ist es denn unbekannt geblieben, daß die Löhne zum Beispiel in der Metallindustrie derart beweglich sind, daß die Arbeiter in den letzten 1½ Jahren so ungeheuerlich beraubt worden sind, wie es einem angestellten Professor trotz mehrfach höherem Einkommen nicht einmal zugemutet wird?

In der Metallindustrie arbeiten ungefähr 80 bis 90 vH aller Beschäftigten im Akkord. Die Tarifröhne haben deshalb auch in der Hauptsache nur die Funktion von Maßziffern und als Sicherung der untersten Lohngrenze. Sehen wir uns doch nur die Tarifröhne der Metallindustrie für ihre hoch- und höchstqualifizierten Berufsarbeiter an und vergleichen sie mit den Tarifröhnen in anderen Berufen und prüfen zugleich die Lebensmöglich-

Aus dem Inhalt

	Seite
Sturm in Sicht! — Blaublütige Nichtstuer werden versorgt — Beweglichkeit der Tarifröhne	301
Die große Versuchung — Sitzung des Bundesausschusses des ADGB — Schiedsspruch reformiert durch Notverordnung	302
Es war einmal — Wände haben Ohren	303
Eine Kluff droht! — Der französische Verbandstag	304
Sitzung des Erweiterten Beirats	305
Schriftenschau — Anzeigen	306

keit aus diesen Löhnen. Unter diesen Gesichtspunkten sind die Metallindustriearbeiter unter aller Kritik, so daß die Unternehmer kaum einen Arbeiter mit diesem Lohn nach Hause schicken, so jammervoll niedrig ist er. Die Tariflöhne sind nicht nur außerordentlich niedrig, sondern auch unwahrhaftig, und seit Jahren haben wir im Deutschen Metallarbeiter-Verband dagegen angekämpft, aber die Ursache liegt in der Akkordarbeit, dieser Hauptentlohnungsform.

Die Voraussetzung jeder Akkordarbeit ist aber die Möglichkeit, über den Lohnsatz durch erhöhte Anstrengung verdienen zu können. Dagegen haben sich die Unternehmer auch nie ernstlich gestäubt, und es besteht die Regelvereinbarung, daß im Akkord mindestens 15 vH über den Tariflohn erzielbar sein muß. Darüber hinaus ist der Lohn, der Stücklohn, unglaublich beweglich und eigentümlicherweise immer nach unten. Dem Unternehmer und seinen Beauftragten braucht der erzielte Verdienst nur zu hoch zu erscheinen, flugs wird der Arbeiter für seine Mehrleistung bestraft durch Abzug. Als es aber hier und da gelungen war, diesen dauernden Raubgelüsten einen schwachen Riegel vorzuschieben mit der Bestimmung, daß Akkordkürzungen von technischen Verbesserungen, also von Unternehmerleistungen, abhängig sein sollten, da wurden alle Mittel dagegen mobil gemacht.

Der berichtigte Oeynhausener Schiedsspruch des Schlichters Professor Brahn gegen die Hüttenarbeiter wird nie vergessen werden. Dieser Schiedsspruch wurde auch noch von dem Reichsarbeitsminister — dem Sozialminister — für rechtsverbindlich erklärt, wiederum gegen die Arbeiter. Es ist aber auch festzuhalten, daß Brahn und Stegerwald mit ihrer Handlung gegen den früheren Reichsinnenminister Severing Stellung genommen haben, der den Arbeitern diese Sicherung gegen Unternehmerwillkür gebracht hatte. Seitdem sind noch mehr Akkordsicherungen aufgehoben und Herr Stegerwald hat weiter verbindlich erklärt. Dadurch sind in der Beweglichkeit der Löhne alle Hemmungen beseitigt, und wenn heute Professoren und Regierung von einer Starrheit der Löhne reden, die wieder beweglich gemacht werden müßten, so hat die deutsche Sprache dafür keine hofliche Kennzeichnung.

Aber wie sind die Arbeiter infolge der „Beweglichkeit“ beraubt worden? Bis zu 40 vH und noch mehr wurden im letzten Jahre die Akkordlöhne gesenkt. Milliarden sind den Arbeitern vorenthalten worden, die sie durch eigene Mehrleistung verdient hatten. Wer nach Kenntnis dieser Tatsachen noch nach Beweglichkeit der Löhne in der Metallindustrie ruft, ist ein Nichtswisser, wenn nicht Schlimmeres.

Doch unsere Gegner reden von der Beweglichkeit der Tariflöhne und meinen immer die Beweglichkeit nach unten. Ihre Sorge gilt ganz allein den Unternehmern. Aber wir wissen doch, daß seit Jahr und Tag alle Tariflöhne, sogar die der Metallindustrie, obwohl sie ganz andere Funktionen haben, immer wieder gesenkt sind. Seit dieser Zeit sind auch die Unternehmer und Schlichtungsorgane merkwürdig einig in der Auffassung, daß die Tarifverträge nur von kurzer Dauer sein dürfen. Früher hörte man genau das Gegenteil, als die Arbeiter für kurze Geltungsdauer der Tarife waren. Heute werden schon wieder Tarife mit einer Laufdauer von einem Monat verhängt, so daß eine Allgemeinverbindlichkeit nicht mehr möglich ist, weil sie ein paar Monate zu spät kommt. Auch das geschieht zum Schutz des Unternehmertums, um möglichst oft die Gelegenheit zum Abbau des Tariflohnes zu haben. Wahrlich, die Beweglichkeit kann nicht mehr größer werden.

Aber die Herrschaften sollten doch versuchen, einmal offen und ehrlich zu sein, denn die geforderte Beweglichkeit der Tariflöhne ist ein großer Schwindel. Man kann uns doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr Vorschlag in Wirklichkeit eine Lohnkürzung um 20 vH bedeutet. 80 vH sollen unabdingbar bleiben, und solange die Unternehmer diese 80 vH nicht anstehen, besteht für die Gewerkschaften die Friedenspflicht, und sie dürfen ihre Mitglieder gegen die Zumutungen der Unternehmer nicht in den Kampf führen. Tun sie es dennoch, so sind sie mit ihrem ganzen Vermögen und den künftigen Einnahmen den Unternehmern schadenersatzpflichtig.

Wenn wir uns leidenschaftlich gegen den Schwindel von der Starrheit der Tariflöhne wehren, so besonders aus den Bedingungen der Metallindustrie; weil die Regierung diese „Beweglichmachung“ notverordnen möchte. Die Antwort auf ein solches Attentat auf Tarifrecht und Tariflohn würde ein einmütiges Aufbäumen aller Arbeiter gegen diese Vergewaltigung sein. Wir warnen alle, die es angeht!

Schiedsspruch „reformiert“ durch Notverordnung

Eine überraschende Wendung nahmen die Verhandlungen über Lohn- und Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Das Mehrarbeitsabkommen wurde mit den Stimmen der Arbeitgeber erneut in Kraft gesetzt, obgleich heute über 100 000 Bergarbeiter die Arbeitsämter bevölkern und die noch in Arbeit stehenden 22 000 Arbeiter monatlich 4 bis 6 Feiertagestrafen ertragen müssen. In der Lohnfrage aber, wo ebenfalls keine Einigung der Parteien zu erzielen war, wurde zum zweiten Male durch Notverordnung eine Sonderschlichterkammer gebildet, die unter Ausschluß der Parteien einen Lohnabbau von 7 vH dekretierte, während der Zechenverband 12 vH gefordert hatte. Die Gewerkschaften lehnten den Spruch ab, weil er ihnen zu weit ging, die Unternehmer lehnten ab, weil ihnen die 7 vH zu wenig waren. Nun aber kommt das Unfaßbare: Der Schiedsspruch wird am 29. September gefällt, tags darauf für verbindlich erklärt, und am 1. Oktober erläßt die Regierung eine neue Notverordnung, darin wird den 182 000 Bergarbeitern, soweit sie unter Tage beschäftigt sind, der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung erlassen. Für die größte Arbeitergruppe vermindert sich damit praktisch die Lohnabgabe auf 3 vH. Dasselbe gilt aber auch für die Zechenbesitzer, das bedeutet neben der Lohnkürzung um 7 vH eine weitere Kostenersparnis durch Erlass der Arbeitgeberanteile zur Arbeitslosenversicherung um 3 vH, insgesamt eine Entlastung um rund 10 vH! So ist jetzt unsere Regierungskunst. Auf diese Weise müssen wir dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zusteuern, oder glaubt die Regierung immer noch, mit solchen Mitteln die Wirtschaft retten zu können?

Die große Versuchung

England hat sich nach Einstellung der Goldeinlöschungspflicht von der Goldwährung zeitweilig losgelöst. Die englische Regierung handelte bei der Aufhebung der Goldwährung in einer, wenn auch vielleicht keiner absoluten Zwangslage. Zur Zeit besteht noch völlige Unsicherheit darüber, wie sich die Dinge in England entwickeln werden. Über die in England zu verfolgende Geldpolitik wird zum guten Teil der Machtkampf entscheiden, der von den beiden großen Parteien in England, Anhängern und Gegnern der Inflation, geführt wird. Es ist möglich, allerdings sehr unwahrscheinlich, daß das englische Pfund wieder auf seine alte Goldparität gebracht wird. Kann man oder will man diese nicht erreichen, so ist es möglich, daß die Goldwährung in England zwar in kurzer Zeit wiederhergestellt wird, doch nicht auf der alten sondern auf einer niedrigeren Parität. Eine dritte Möglichkeit ist eine lange Zeit anhaltende Abkehr von der Goldwährung mit großen Schwankungen nach oben oder nach unten. Endlich besteht die, unseres Erachtens sehr entfernte, Möglichkeit eines völligen Zusammenbruchs des Pfundes, der freilich dessen Wiederaufrichtung auf der einen oder anderen Grundlage erforderlich machen würde.

Es gibt in den meisten Ländern und vor allem auch in Deutschland „Inflationisten“ in großer Zahl, ja, es bekennen sich starke politische Parteien zu dieser Parole. Hinter der Inflationsparole verbergen sich große Sonderinteressen. Jedoch wird der Ruf nach starker Geldvermehrung auch in solchen Kreisen laut, die mit Sonderinteressen nichts zu tun haben. Man sieht eben die brachliegenden Fabriken, Werkstätten und Transportmittel, und die gewaltigen Scharen unausgenutzter Arbeitskraft und man sagt sich, daß die beiden zur produktiven Arbeit zusammengeführt werden könnten, wenn nur durch Kreditausweitung neue Kaufkraft in den Verkehr strömt. Deshalb wird die internationale Kreditverteilung, die Überleitung von Kapitalien aus Ländern mit Kapitalüberschuß in die kapitalbedürftigen Länder gewünscht.

Was soll aber geschehen, wenn Auslandsanleihen nicht zu haben sind? Dann soll man sich eben durch Schaffung von neuen Banknoten und Kreditgeldern im Inland selbst helfen. Tag für Tag werden neue Pläne ausgeheckt, wie die neuen Zahlungsmittel geschaffen und verwendet werden sollen. Die Vorgänge in England geben ihnen neue Nahrung. Kann das stolze England den Weg zur Inflation einschlagen — und man rechnet im allgemeinen damit, daß dieser Weg dort wirklich eingeschlagen wird —, so könnte wohl das kapitalarme Deutschland diesem Beispiel Englands folgen, um so mehr, da die Inflation die englische Ausfuhr unter Umständen auf Kosten Deutschlands erhöhen würde, wenn Deutschland selbst durch eine eigene Inflation den Kostenvorsprung Englands, den dieses Land durch die Inflation in der Ausfuhr gewinnen dürfte, nicht einholen will. Diese Überlegungen können wohl die Anhänger einer deutschen Inflation vermehren.

Sie übersehen dabei die besonderen Gefahren einer Inflation in einem kapitalistischen Land, daß die Inflation bereits einmal durchmachte und wo das Vertrauen in das Geld daher leicht erschüttert werden kann. In einem kapitalistischen Land besteht keine Gewähr dafür, daß die in den Verkehr gepumpten Zahlungs-

mittel volkswirtschaftlich richtig, auf Grund eines wirklichen Wirtschaftsplans verwendet werden und ebenso wenig dafür, daß der Apparat der Geld- und Kreditschöpfung in seinem Funktionieren die Grenze einhalten kann, bis zu der die Kreditausdehnung gehen darf, ohne das Vertrauen in das Geld zu erschüttern. Die Inflation ist ein Prozeß, der, je mehr er fortschreitet, um so mehr Unheil anrichten kann. Im ersten Abschnitt n. u. g. die Inflation die Wirtschaftstätigkeit beleben, in den folgenden Abschnitten ist jedoch der Verfall und im letzten Abschnitt der Zusammenbruch unvermeidlich.

Daher müssen wir die Anwendung einer Arznei bekämpfen, die mit Vergiftung des Körpers droht, so schweren Herzens wir auch auf ein Mittel verzichten, das, wenn auch vorübergehend, die Wirtschaft beleben könnte. Indessen gehen viele, die wie wir Gegner einer Inflation sind, in ihrer Inflationsangst einen Weg, den wir nicht gutheißen können, da er die gegenwärtige schwere Lage ohne Grund noch verschärft und letzten Endes sogar gerade jene Inflationsgefahr heraufbeschwören kann, die es zu vermeiden gilt. Die Inflation bekämpfen heißt für uns nicht, das Gegenteil der Inflation, die mit Kreditschränkungen verbundene Steigerung des Geldwertes (Deflation) zu befürworten.

Die Deflation ist gerade so verhängnisvoll wie die Inflation. Der Deflationsprozeß führt zur Steigerung der Arbeitslosigkeit und durch die geringe Ausnutzung der Produktionsanlagen zu gewaltigen Wertverlusten. Die Gläubiger erzielen durch die Deflation zunächst ungebührliche Gewinne, die Schuldner erleiden gewaltige Verluste, bis dann der unvermeidliche Zusammenbruch des Kreditgebäudes nach Einfrieren der Kredite Schuldner und Gläubiger beide wirtschaftlich ruiniert.

So müssen wir uns gegen die Deflation ebenso wenden wie gegen die Inflation. Bekämpfung der Inflation darf nicht Stärkung der Deflation bedeuten. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Auffassungen, die wir in letzter Zeit in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften von Gegnern der Inflation lesen konnten, nicht weniger schlimm, als die auch von uns abgelehnten Pläne mit starker Inflationsgefahr.

Die weitere Schrumpfung des Wirtschaftsprozesses muß mit allen Kräften aufgehalten werden. Je mehr diese Schrumpfung fortschreitet, mit einer um so größeren Einschränkung der Kredite, mit einer um so rascher fortschreitenden Deflation muß sie verbunden sein. Je länger sie andauert, um so weniger können die Bankschuldner ihre Schulden zurückzahlen, um so mehr halten sich die in ihrer Liquidität bedrohten Banken von der Gewährung neuer Kredite zurück. Das aber bedeutet nicht die Verhütung der Inflation, sondern die Stärkung der Deflation. Vor allem ist es heute, wo die Anlagetätigkeit der privaten Wirtschaft gänzlich brachgelegt ist, völlig abwegig, der öffentlichen Wirtschaft und dem Baumarkt die zur Verhütung der Deflation erforderliche Ausweitung der Kredite vorzuenthalten. So ist das entscheidende Problem des Augenblicks eine Vermehrung und Lenkung der Kredite, die sowohl die Entstehung der Inflation wie die Stärkung der Deflation vermeidet. Eine solche Kreditpolitik kann uns leider von unseren Nöten nicht befreien, sie kann zumindest verhüten, daß sie sich, sei es durch Inflation, sei es durch verstärkte Deflation, noch steigern.

A. H.

Sitzung des Bundesausschusses des ADGB

Am 2. Oktober trat in Berlin unter Leiparts Vorsitz der Ausschuss des ADGB zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende Graßmann berichtete zunächst über die Tätigkeit des Vorstandes. Dieser habe versucht, durch direkte Verhandlungen mit dem Reichskanzler und Arbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen, Maßnahmen, die offenbar viel weitergehende Ziele verfolgten.

In den Regierungskreisen scheint sich, so sagte Graßmann weiter, die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechtes den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmebedingungen zuzugestehen, und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Zerschlagung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen solle — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechtes gleichkäme.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das Ergebnis gehabt, daß eine Neuregelung des Tarifrechtes in seinem Bestand gefährdendem Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet. Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabdingbarkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 vH aufrecht zu erhalten und die verbleibenden 20 vH der freien Vereinbarung zu überlassen. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaues zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel wäre.

Die Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6 vH des Lohnes noch nicht saniert. Es wird für die 6 Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem, wie hoch man die Durchschnittszahl der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Reichsmark belaufen würde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Statt dessen hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterstützungsdauer zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen.

Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluß durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung bei gleichzeitiger Verkürzung der Unter-

stützungsdauer von 26 auf 18 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen, enthalten sollte. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften wie auch die SPD-Fraktion die Regierung auf das Unerträgliche einer solchen Maßnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angekündigt für den Fall, daß sie trotzdem durchgeführt würde.

Diese Vorstellungen haben insoweit einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nunmehr entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterstützungsdauer von 25 auf 20 Wochen (für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen) herabzusetzen, die Unterstützungssätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Arbeitgeber ihrerseits nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser Arbeitgeberantrag wurde nun mit den Stimmen der Arbeitnehmer und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterstützungsdauer beschlossen.

An den Bericht des Kollegen Graßmann schloß sich eine sehr eingehende Aussprache, an der sich nicht nur die Verhandlungsvorsitzenden, sondern insbesondere auch die Lohnpolitiker der einzelnen Verbände beteiligten. Die Debatte ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht.

Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechtes unter allen Umständen festzuhalten.

Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung hat sich zu einem offenen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Überstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der 40-Stunden-Woche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungskunst bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen.

Nachdem die Aussprache abgeschlossen war, ging Leipart ein auf den Besuch von Laval und Briand in Berlin, der zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeiter beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefordert. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung hat beschlossen, sechs Arbeitnehmervertreter in den Ausschuss zu berufen. Von den sechs Vertretern hat der ADGB zwei zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend, werden Willi Eggert und Fritz Tarnow dazu bestimmt.



Familie und Heim



Es war einmal . . .

Es war einmal ein Mann, der hatte zwei Esel. Esel und Eselin. Die Beiden mußten jeden Tag zweimal nach der Mühle, um Mehl zu holen. Das war ihre Arbeit, und dafür bekamen sie ihr Futter. Gutes Futter. Ihnen war ganz wohl dabei; und sie meinten nun, ihr Herr würde sich sehr freuen, wenn er noch einen kleinen Esel hätte. Futter war ja genug da. Und nach einiger Zeit kam auch ein Eselchen zur Welt. Der Herr freute sich riesig über das drollige Tierchen. Wenn die alten Esel nach der Mühle gingen, sprang der junge neben ihnen her. Er wuchs und gedieh prächtig zur Freude seiner Eltern und des Herrn.

Eines Tages kam ein Nachbar zu dem Manne und bat ihn, doch für ihn das Mehl mitzubringen. Er hätte ja drei Esel. Der Mann willigte ein; und siehe da! Der junge Esel trug auch zwei Säcke. Da sagte sich der Mann, daß er einen alten Esel verkaufen könne. An zweien hätte er genug. Der Dritte würde nur fressen und nicht arbeiten. Er verkaufte den ältesten.

Nach einiger Zeit war wieder für den Nachbarn das Mehl mitzubringen. Der Mann lud jedem Esel drei Säcke auf. Der Alte weigerte sich, mehr zu tragen und warf ab; der Junge trug, weil er zeigen wollte, daß er stark sei. Weil der Alte immer wieder abwarf, lud der Mann dem jungen Esel noch einen Sack auf, weil doch das Mehl heimgeschafft werden mußte. Auf diese Weise kam es, daß der junge Esel vier Säcke nach Hause trug.

Da sagte der Mann zu dem alten Esel: „Weil du so störrisch bist, verkaufe ich dich. Der Junge trägt genau soviel, wie ihr beiden Alten zusammen getragen habt. Er frißt aber nur einmal. Wenn ich dich verkaufe, kann ich nur sparen, und mein Reichtum mehrt sich!“

Der Mann verkaufte den zweiten Esel und ließ den Jungen

die Arbeit allein machen. Dem wurde die Last wohl manchmal recht sauer, aber er war jung und bekam gutes Futter. Bis — — —

Eines abends saß der Mann in seiner Stube. Er zählte sein Geld und rechnete auch aus, was der Esel so auffraß. Da meinte er zu seiner Frau: „Ich werde mal versuchen, ob ich nicht am Futter etwas sparen kann. Was ich erübrige, ist mein Verdienst.“ Gesagt, getan.

Der Esel guckte erst schief. Um aber seinen Herrn nicht zu erzürnen, verhielt er sich ruhig und arbeitete weiter. Dem Esel machte es nicht viel, und der Mann lachte sich eins ins Fäustchen. Das Futter für einen Tag sparte er in der Woche, weil er dem Esel jeden Tag eine Handvoll weniger gab.

Wieder saß der Mann in der Stube und rechnete und zählte sein Geld. Ei, das hatte aber was eingebracht. Wenn er dem Esel noch mal eine Handvoll weniger gäbe? Ja, das wäre was! Das mußte versucht werden.

Der Esel bockte wegen des Abzuges und wollte nicht arbeiten. Da wurde der Mann böse und schlug ihn. Auch drohte er mit verkaufen. Andere Esel wären genug da, die würden sich freuen. Es ginge ihm noch viel zu gut. Weil der Esel sich mit seinem Herrn nicht ganz erziehen wollte, arbeitete er weiter. Er wurde nun von Tag zu Tag etwas schlanker. Das sah aber der Mann nicht. Der rechnete nur immer aus, was er dabei verdiente, daß er seinem Esel in der Woche nur für vier Tage Futter gab. Dabei machte der dumme Kerl dieselbe Arbeit, die früher zwei seiner Artgenossen gemacht hatten.

Als der Mann eines Tages seinen Esel aus dem Stall holen wollte, war das Tier tot. „Schade“, sagte der Mann, „er hatte sich schon so gut daran gewöhnt! Na, es gibt ja noch mehr Esel!“

Der Mann ist lange gestorben, aber seine Nachkommen leben noch heute. Die machen es genau so wie er; und allen Eseln, die sich gefallen lassen, denen geht es auch genau so. Jolie.

Sie hat die Miete noch nicht bezahlt. Und hat kein Geld mehr im Hause. Marie überlegt. Findet.

Sie geht zum Schrank, nimmt ein Etui: Ein Dutzend silberne Kaffeelöffel, Marias „Stolz“, ihren Wintermantel und zwei Kunstseidekleidchen, packt das sorgfältig ein und geht schnell, bevor die Kinder zurück sind.

Sie läuft in den Hof der Pfandkammer, stellt sich dort in die Reihe der anderen Frauen, öffnet das Paket, breitet Mantel und Kleider über die Arme und hält das geöffnete Etui mit den Kaffeelöffeln den Händleryugen entgegen.

Die Sachen sind gut. Bald kommt Marie ins Handeln. Sie bleibt zäh und fest. Fünfzig Mark muß sie haben, dann ist sie über den Berg. Händler kommen, betasten, zerkauschieren, beklopfen, machen schlecht, jammern, hören entsetzt und gehen. Und kommen wieder. Einer ist zäher als Marie, zerzaust und schachert, zeigt Mängel und schreit „Oi-oi!“

Marie ist wie ein uneinnehmbares Bollwerk. Schließlich sieht er das ein. Marie geht mit 48,50 Mark. Fürs erste ist sie jetzt sicher: Die Miete wird bezahlt und neues Geld verdient sie ja, außerdem behält sie einen Rest. „Eiserne Munition!“ Marie braucht sie jetzt.

Am Abend geht Marie zum Armenarzt, um mit ihm die Lage zu besprechen. Es sieht sehr böse aus. Aber er weiß einen Rat. Er telefoniert und geht mit Marie fort, zu einem Freund, einem Rechtsanwalt.

Das ist die Rettung: Marie muß sich scheiden lassen. Marie muß frei sein von diesem Mann.

Daran hat Marie noch nie gedacht. Der Gedanke ist furchtbar. Aber der Gedanke ist gut. Marie sieht das ein. Das ist der Weg. Der einzige Weg, der noch folgerichtig ist und sie und die Kinder richtig führen wird. Der Weg der Hoffnung! Marie wird ihn gehen und es doch schaffen! Schon lächelt Marie.

Sie muß die Scheidungsklagevollmacht unterschreiben. Sie setzt die Feder an. Seltsam: Marie kann nicht schreiben. Das überfällt: Wenn du schreibst, dann ziehst du den Strich unter eine Rechnung, die du bezahlt hast und die doch nicht stimmt. Und wirst du es allein denn schaffen? Hast du den Mann nicht lieb gehabt? Ist er nicht der Vater deiner Kinder? Liebst du ihn denn nicht auch jetzt noch? Kann man denn einfach mit einem Stückchen Stahlfeder und einem Tropfen schwarzer Tinte das alles auslöschen, Marie?

Marie wird hart: Vielleicht, vielleicht nicht! Es ist gleichgültig! Das andere ist wichtiger! Was soll alle Liebe, wenn sie sinnlos ist und nur Zerstörung! Das Leben ist wichtiger, das Leben: Ich und die Kinder!

Marie setzt die Feder an. Der Ruck stößt sie ins Papier. Marie muß von neuem ansetzen.

Und nun schreibt sie ohne Anhalten und Zittern: Marie Baltrusch, geborene Szameitat.

Zum ersten Male seit langer Zeit fühlt sich Marie wieder befreit. Sie atmet auf und hofft. So geht sie an die Arbeit: wiedergesundet und stark.

Marie ist geschieden. Fritz wurde als alleinschuldiger Teil verurteilt. Er hat keinen Einspruch erhoben. Die Kinder sind ihr zugesprochen worden. Sie hat auf den Namen ihres bisherigen Mannes verzichtet. Sie will, daß das Kapitel „Baltrusch“ beendet ist. Sie heißt wieder wie früher Marie Szameitat.

Sie steht jetzt allein. Sie fühlt sich frei, stark, zuversichtlich, zukunftsbestimmend. Marie ist gläubig. Immer und immer wieder ist das in ihr und beherrscht: Wir werden es schaffen!

Das Leben geht weiter. Marie schuftet. Reinigt Büros, versorgt ihre Aufwartestellen, hat große Wäsche, trägt Zeitungen aus, hält ihre Wirtschaft in Ordnung.

Das ist alles sehr leicht und schnell in einem Satz gesagt, aber schwer getan.

Schwer auch in anderer Beziehung: Das Haus macht es Marie wieder schwer. Die Häuser sind alle gleich, ob sie im Westen stehen oder im Norden. Marie — und wenn sie tausendmal geschieden wäre! — ist die Frau eines „Verbrechers“. Das bekommt sie zu spüren, darüber muß sie stolpern. Und doppelt schwer ist es für die Kinder.

Die Kinder! Trude und Gerd sind vernünftig, die fragen nicht mehr. Die sind altklug und frühreif und wissen Bescheid. Aber die andern fragen immer nach dem Vater. Nicht aus Sehnsucht, nur in Neugier. Das immerwährende Fragen quält. Es macht müde, immer zu wiederholen, daß der Vater nicht mehr zurückkommt. Und es ist nicht so einfach, das ewige „Warum?“ der Hartnäckigen geduldig zu ertragen.

Marie weiß nichts von ihm. Alle Fäden zwischen ihm und ihr sind zerschnitten. Sie weiß nur, daß er immer noch in Untersuchungshaft sitzt, und daß sich die Untersuchung immer mehr in die Länge zieht. Das ist alles. Marie will auch nicht mehr wissen.

Der Gedanke an die Kinder beschäftigt sie weit mehr. Gerd scheint in schlechte Gesellschaft zu kommen, auch Mieke zeigt schon Unarten, die sie von der Straße haben muß. Doch Trude, empfindsam und feinnervig, der Straße verschlossen und nur der Mutter geöffnet, ist ihr ein kleiner, tapferer Kamerad. Fritz mit seinen zweieinhalb Jahren ist noch ganz Werden und wirbelndes Kinderland, unerforscht und unklar.

Marie denkt viel über die Kinder nach, die ja nun ganz und gar allein ihr Lebensinhalt sind, ihr Wünschen und Erfüllen.

Marie hat Angst. Die Straße ist nicht gut für die Kinder. Ein Zufall kommt zu Hilfe. In der Expedition, in der Marie ihre Abendzeitungen ausgeliefert erhält, fragt eine andere Botenfrau nach einer billigen Tauschwohnung. Die Frau, die wohl Unglück gehabt hat und nun im Rutschen ist, kann die Wohnung — Stube, Kammer und Küche, fünfter Stock im alten Westen, ganz in der Nähe Marias erster Wohnung — nicht mehr aufrechterhalten, will in den Norden, wo die Wohnungen schlechter, aber auch billiger sind.

Marie überlegt, überlegt scharf hin und her: Das sind in der Woche vier Mark mehr, schwere, lastende vier Mark, die jede Woche mehr bezahlt und aufgebracht werden müssen. Aber — das ist auch der alte Westen! Wo vorne gutes Bürgertum wohnt und hinten solider Mittelstand! Da ist die Straße gut! Marie überlegt nicht mehr lange. Traum und Wunsch werden wach, kuppeln, wollen erfüllt werden.

Marie greift zu. Sie wird die vier Mark schon schaffen. Sie wird schön reden und betteln und dann eben fünfzig Zeitungen mehr austragen. Dann hat sie das neue Loch gestopft.

Man tauscht: die eine in den Norden, Marie wieder in den Westen. So wie man in dieser Stadt immer wechselt und tauscht. Marie erfährt nun auch das. Es kann sie nicht bedrücken; sie fühlt sich befriedigt, noch freier, wieder selbstbewußt und stark. Marie hat gelernt und ist klug geworden. Sie wird jetzt ihren Platz schon halten.

(Wird fortgesetzt.)

Wände haben Ohren

Betrachtet man die Arbeitslosigkeit in ihrer Wirkung auf die Ehe, so erfährt einem ob ihrer zerstörenden Kraft tiefes Erschrecken.

Von jeher waren Geldsorgen dazu angetan, Freundschaft und Ehe, die Gemeinschaft zweier Menschen, zu vernichten. Die Arbeitslosigkeit, ihre bedingte, stete, zehrende Sorge um das tägliche Brot, ihre geringe Hoffnungskraft auf die Zukunft, bohrt sich wie ein spitzer Keil in Herz und Gemüt, verbittert und frißt immer weiter, macht die Betroffenen und ihre Umgebung zu Feinden. Und dennoch — muß das denn so sein?

Ich begreife dich, Kollegin, Mutter, Frau, daß du schon am frühen Morgen, wenn du erwachst, keine Sonne im Herzen haben kannst, denn du siehst deine Kinder, sie wollen Brot! Du blickst dich in deiner Wohnung um, sie erzählt von Not. Dein Auge ruht auf deinem Mann, der sich mit der niederdrückenden Gewißheit, nichts zu versäumen, in Unlust auf einem Stuhl oder im Bett herumräkelt. Und es steigt wie Haß in dir auf, denn es bäumt sich in dir die Erinnerung, immer wieder, dein zerstörter Traum von Glück und Ehe, auf.

Kollegin, Mutter, Frau — ich begreife dich! Doch du mußt stark sein! Du darfst die Not durch ein trübes Auge nicht noch grauer machen. Deine Kinder hungern nicht nur nach Brot, sie hungern auch nach Liebe. Du hast einen Schatz in dir, kannst mit Worten die kleinen Herzen deiner Kinder aufrichten. Laß sie nicht frühzeitig welken, bewahre ihnen in ihrem körperlichen Darben ihr innerliches Blühen. Und auch dein Mann ist hungrig nach Liebe. Versuch es. Statt einem verzagten Gesicht — ein Streicheln, ein verstehendes Wort. Du wirst Wunder erleben. Du wirst dir deinen zerstörten Traum von Glück und Ehe wieder aufbauen. Es ist schwer, ich weiß es, die Sorge liegt wie ein Mühlstein auf dir — und doch, versuch es!

Laß auch du, Kollege, Vater und Mann, den Mut nicht sinken! Verliere nicht deine Tatkraft, deinen Willen. Werde nicht tatenlos. Halte dich frisch, zukunftsorientiert. Denke nicht, du seist nutzlos, man brauche dich nicht. O, man braucht dich, hörst du? Man braucht dich notwendig! Deine Frau, dein Lebenskamerad kann allein das Joch der Sorge nicht tragen. Sie braucht dich. Hilf ihr es tragen! Und deine Kinder brauchen

dich! — Führe sie hinaus, zeige ihnen das Walten der Natur, verwache mit ihnen! — Dein Haushalt, deine Hausratstücke, sie brauchen dich. Überall ist etwas zu basteln. Du bist nicht unnütz. Du bist an allen Ecken und Enden notwendig. Halte dich frisch! — Oder, Kollege, Kollegin, glaubt ihr, es sei besser, wenn ihr euren Jammer, eure Not, eure Sorgen, eure Enttäuschung, eure zerstörten Hoffnungen, vom frühen Morgen bis zum späten Abend euch ins Gesicht schmeißt?

Die Wände haben Ohren! Sie haben zwispaltige Ohren. Sie verstehen nur, daß ihr keift, aber sie verstehen nicht den Jammer, der hinter eurem Keifen liegt. Für diese horchenden Wände seid ihr nichts wie Proletarietpack!

Ihr sollt aber das Wort „Pack“ ausmerzen, sollt Proletarier sein, das heißt Menschen, von Not und Sorgen umgeben, aber Menschen, zusammengeschweißt in treuer Kameradschaft.

Annemarie Schütte.

Geistesabwesend

Die beiden Nachbarn unterhielten sich über ihre Frauen. „Ist Ihre Frau auch stets so geistesabwesend?“ fragte Müller. „Na und wie! Dieser Tage gab ich ihr Geld, um mir einige Hemden und Socken zu kaufen. Nach einigen Stunden kam sie zurück mit einem neuen Hut für sich!“

Geschichts-Unterricht

Während einer Geschichtsstunde fragte der Lehrer: „Was geschah im Jahre 1483?“

„Wurde Luther geboren.“ antwortete ein Schüler.

„Richtig. Und was geschah im Jahre 1487?“

Nach einer langen Pause sagte der Schüler auf gut Glück: „Wurde Luther vier Jahre alt.“

Braune Nazihemden

Die griechischen Heldenjünglinge des Altertums, die Spartaner, färbten ihre Hemden rot, damit im Kampf der Nachbar nicht merke, wenn einer verwundet wurde, und um des blutenden Kameraden willen das Kämpfen vergaße.

Die deutschen Heldenjünglinge der Neuzeit, die Nazis, färben ihre Hemden braun, damit . . .

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bitterkreuz Verlag“, Berlin 1931

XXVIII.

Fritz ist seit einigen Tagen nicht mehr nach Hause gekommen. Das erregt nicht mehr sonderlich; aber Marie muß irgendwie Klarheit haben, was nun ist.

So geht sie wieder auf die Suche nach ihm. Sie durchwandert die Kneipen, in denen er früher immer zu finden war. Endlich erfährt sie etwas.

In einem zwischen Kaschemme und Tagasyl schwankenden Lokal, von Gelegenheitsgesindel und kleinen Verbrechern bevorzugtem Aufenthaltsraum, der sich lächerlich protzend „Café“ nennt.

Hier weiß einer Bescheid, kräuselt wichtigtuend die Lippen und pendelt mit aufgedunsenem Schädel: „Verschütt!“ Ein anderer, der eben seine Stiefel an den Füßen für ein Glas Bier, einen Schnaps und eine Wurstschrippe verramscht hat, wird ausführlicher, indes er die Stiefel aufschnürt und auszieht.

„Den ham de Bullen jeschnappt. Soll mit der Polnischen wat jedreht ham. Soll Schmiere gestanden ham. Wenn die andern nich dicht haiten, hat er drei Jahre.“

Ein Orchestrion hämmert brüchig, asthmatisch. Ein schwerer Fleischklotz haut mit seinen Tatzen den Takt auf die Schultern einer fetten Dirne, die jäh aufwiehert und ihren Schluck Bier auf den Boden sprudelt. Burschen mit Schiebermützen und scharfen Augen lassen eine Flasche rundum gehen und gröhlen zum Orchestrion: „... trink, trink, Brüderlein, trink ... Sorgen zu Haus ...“ Verkniffener Kopf beugt sich zu Marie, schmalzweiche Stimme jidelt süßlich: „Alte Kleider zu verkaufen? Nemme auch sonst, wenne was haben. Vielleicht e Silber oder e treife Sore, hen?“

Marie muß sich setzen. Sie fühlt plötzlich bleierne Schwäche. Ohnmacht künden. Jergendjemand bringt ihr ein Glas Selter. Sie trinkt. Langsam, bedächtig, in kleinen Schlückchen. Langsam wird der Kopf klar. Marie steht wieder. Schwankt noch etwas, aber ringt das tapfer nieder. Sie stellt das Glas auf den

Tisch, wischt sich mit dem Handrücken über die Stirn. Bedankt sich. Und geht.

Jetzt weiß sie Bescheid. Also das! Marie ist ruhig geworden. Sie hält sich aufrecht und überlegt kühl und angestrengt. Vielleicht ist das gut so, ist gut für sie und die Kinder. Jetzt wird sie Ruhe vor ihm haben! Sie ertappt sich plötzlich bei einem Gedanken, der sie erschreckt, vor dem sie sich schämt.

Sie geht zum Polizeirevier, wo man sie kennt. Man telefoniert hinüber zum Polizeipräsidium.

Ja, es stimmt! Man sagt drüben Bescheid und schickt Marie hinüber zu dem Kriminalpolizisten, der den Fall bearbeitet.

Der, orientiert über Marie, scheint Mitleid mit ihr zu haben. Ist wohlwollend und schiebt ihr sogar — Marie muß dankbar lächeln — seine Tasse Kaffee zu.

Er klärt Marie auf: Schwerer Wareneinbruch, dasselbe Warenhaus, in dem Fritz damals angestellt war; die Sache — verpfiffen, von vornherein ein Mißerfolg — ist schief gegangen, die Kolonne ist erwisch worden, hatte dabei das Pech, einen Beamten anzuschließen und schwer zu verletzen; Fritz wurde auf der Straße gepackt, hatte Schmiere gestanden, leugnet es allerdings ab und behauptet, zufällig da vorbeigekommen zu sein.

„Na, das kennen wir ja! Jedenfalls, wie Sie sehen, sehr schwere Sache! Nun kommt es nur darauf an, daß alles klappt. Wird schon. Dann haben Sie Ruhe vor dem Mann. Dann sitzt er. Allerdings, die Bande hält dicht und will nichts von ihm wissen, will ihn gar nicht kennen. Na — vorläufig wenigstens haben Sie eine Atempause. Und hoffen wir das Beste! Für Sie, verstehen Sie?“

Marie hat ihn verstanden. Er hat ihren Wunsch und ihre Gedanken erraten. Ruhe, Ruhe, nur Ruhe vor ihm! Wie, das ist gleichgültig. Es steht schlimm um Marie.

Als Marie nach Hause kommt, liegt da ein Zettel. Sie soll zum Verwalter hinunterkommen. Marie weiß, was das bedeutet.



Verbandsleben



Eine Kluft droht!

Es folgt heute der Rest der Zuschriften. Die Schriftleitung beabsichtigt, dieser wichtigen Sache noch einen zusammenfassenden Aufsatz zu widmen.

Wir Erwerbslosen wollen weiter mitarbeiten

Während früher die Wohnung des Kollegen eine ausschlaggebende Rolle spielte, um den nötigen Kontakt mit der Organisation herzustellen, so ist heute nur der Betrieb. Durch Schaffung der Betriebsräte, die die gewerkschaftlichen Funktionen im Betriebe sind, ist dieses Verhältnis umgestaltet worden. Der Kontakt zur Organisation wird also heute fast nur im Betrieb aufrecht erhalten. Dieser Weg der Mitarbeit ist mit ganz verschwindenden Ausnahmen den nichtbeschäftigten Kollegen verlegt.

Ich glaube, daß ich dem größten Teil meiner erwerbslosen Kollegen aus dem Herzen spreche, wenn ich sage: Laßt uns innerhalb der Organisation mitarbeiten; laßt uns mitgestalten und mitbauen, dann ist mit einem Schlage diese ganze Frage überholt. Gebt uns die Möglichkeit, Generalversammlungsvertreter nach demselben Schlüssel wie die in Arbeit stehenden Kollegen zu wählen. Mitarbeit erfordert Verantwortungsbewußtsein! Ich glaube, daß nicht die schlechtesten Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung augenblicklich erwerbslos sind. Die Versammlungen für die notwendigen Wahlen und die Berichtserstattungen der gewählten Kollegen bringen erstens die Kollegen zusammen und geben ihnen das Bewußtsein, nicht tatenlos im Kampfe um die Umgestaltung der Gesellschaft zusehen zu müssen.

Kommt jetzt nur nicht mit dem Einwand, daß die Vertreterversammlungen kein Tummelplatz für wildgewordene erwerbslose Radikalisten seien. Die Geschäftsordnung richtig gehandhabt, bietet genug Möglichkeiten, etwaige Ausschreitungen im Keime zu ersticken. Warum sollen wir arbeitslose Kollegen nicht über Lohn, Tarif oder sogar Verwaltungsfragen mitbestimmen können? Uns geht unsere Gewerkschaft genau wie den noch in Arbeit stehenden Kollegen über alles. Und warum sollen gerade in den Gewerkschaften die erwerbslosen Kollegen so behandelt werden, wie der Armenunterstützungsempfänger im Vorkriegspreußen?

Die organisatorische Seite dieser Angelegenheit bietet keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Entweder werden die Einladungen durch den Hauskassierer oder durch erwerbslose Kollegen verteilt.

Wir müssen mehr zusammenkommen. Wir sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden; wir Erwerbslosen wollen kein Mitleid, wir wollen die Möglichkeit haben, innerhalb der Gewerkschaften mitzuarbeiten. Es lebe die Solidarität!

R. Weber.

Auswechseln der Erwerbslosen

Ich möchte behaupten, daß diese Kluft zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden nicht erst droht, sondern schon tief und breit vorhanden ist. Sie zu überbrücken, ist nicht nur vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu begrüßen, sondern auch ein Gebot der Menschlichkeit. Wie der Kollege Ludwig Kohl in seinem Aufsatz in der Nr. 36 schon richtig anführt, ist das kranke kapitalistische Wirtschaftssystem die Ursache dieser langandauernden und furchtbaren Krise. Es gibt Tausende von Arbeitern und Angestellten, die nie die Erwerbslosigkeit am eigenen Körper gespürt haben und die daher sich nie in die wirtschaftliche und seelische Verfassung eines langfristigen Erwerbslosen versetzen können, ja sogar mit einer gewissen Herablassung auf ihre erwerbslosen Klassengenossen herabschauen. Ware es nun so ungerecht, wenn diese Tausende auch mal in den „Genuß“ der Erwerbslosenunterstützung kämen? Wie wäre es da mit einer periodischen Auswechslung nicht nur einzelner Betriebsmitglieder, sondern ganzer Abteilungen gegen Erwerbslose? Auf diese Weise kämen die langfristigen Erwerbslosen wieder einmal in den Produktionsprozeß. Ich bin mir zwar im klaren, daß diese Umstellung nur durch Regierungsmaßnahme bewerkstelligt werden kann; aber auch den Gewerkschaften erwächst dadurch ein gut Teil Verantwortung. Dieser Umstellungsprozeß, der technisch durchführbar ist, ist zwar keine Lösung des Erwerbslosenproblems, würde aber für die vielen eine Erleichterung sein, die heute am Leben verzweifeln.

Alma M., Berlin.

Auf die Verkürzung der Arbeitszeit drängen

Die Kluft droht nicht nur, sie ist vielfach schon in sehr bedenklichen Maßen da. Wir haben dieser Erscheinung bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Von unserer Schichtanlage sind von 1926 bis heute 2000 Arbeiter abgebaut worden, das sind 50 vH der Belegschaft. Die meisten sind jetzt ausgesteuert und fallen der Wohlfahrt zur Last. Eine Aussicht, wieder in den Betrieb zu kommen, besteht fast gar nicht. Durch die Geldknappheit der Gemeinden und durch die Notverordnungen ist das geringe Einkommen der Erwerbslosen noch mehr geschnitten worden. Die Folge ist, daß der Kampf um den Arbeitsplatz immer schärfere Formen annimmt. Die Unorganisierten unter den Erwerbslosen sind jetzt noch mehr als früher bereit, auf die Piraten radikaler Elemente hereinzufallen und alle Schuld auf Partei und Gewerkschaften abzuwälzen. Der beste Beweis sind die Neugründungen der kommunistischen Partei. Von 350 Mitgliedern des EVB hier am Ort sind 300 Arbeitslose. Ähnlich dürfte es auch in anderen Orten sein.

Trotzdem sie unamate, ja jahrelang aus dem Betriebe sind, möchten die Erwerbslosen doch auf die betrieblichen Verhältnisse einwirken. In den Belegschaftsversammlungen können die Erwerbslosen aber nicht zu Worte kommen, da nur Belegschaftsmitglieder sprechen dürfen, weil sonst der Unternehmer die Bezahlung der Saalante ablehnt. Deshalb ist es notwendig, in öffentlichen Versammlungen, wo auch die Arbeitslosen sprechen können, Betriebs- und Arbeitsfragen zu erörtern. Auf die Mitgliederversammlungen können wir uns nicht beschränken, weil wir da nur einen Teil der Erwerbslosen erfassen. Weiter haben wir sehr gute Erfahrungen mit sogenannten Beratungsstellen gemacht. Mit Rat und Tat wird hier geholfen. Eingehen zu Arbeitsamt, Sprachenschule, Wohlfahrtsamt und sonstige Behörden werden ausgefertigt. Vertretungen werden übernommen. In dem Beratungsausschuß sind neben Erwerbslosen auch Betriebsarbeiter, vor allem Betriebsräte tätig. Die Kosten werden von Partei und Gewerkschaften gemeinsam getragen. Der erwerbslose Kollege sieht, daß sich die Gewerkschaften bemühen, seine Lage zu erleichtern. Er fühlt sich nicht mehr allein. Jeden Dienstagabend ist ein sogenannter Aussprachekreis. In Form einer Arbeitsgemeinschaft wird eine Stunde über politische und Wirtschaftsfragen gesprochen. Darauf folgt ein Vortrag, der abwechselnd verschiedene Gebiete behandelt. Vor allem die jüngeren Erwerbslosen können hier gefesselt werden.

Unsere in Arbeit stehenden Kollegen müssen aber stets auf die Verkürzung der Arbeitszeit drängen, um die Möglichkeit zu schaffen, neue Arbeitskräfte einzustellen. Es darf nicht vorkommen, daß sich Gewerkschaftsmitglieder im Hinblick auf eine mögliche Lohneinbuße gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche aussprechen. Auch wir müssen versuchen, selbst unter Opfern, unseren arbeitslosen Kollegen zu zeigen, daß wir ihnen helfen wollen.

A. Pytlík, Betriebsrat.

Den Organisationsapparat nachprüfen

Daß diese — schon vorhandene — Kluft überbrückt werden muß, ist für jeden Gewerkschafter eine Selbstverständlichkeit. Die Frage ist nur: Wie? Materiell dürfte sich weder örtlich noch zentral noch mehr als bisher für die Erwerbslosen tun lassen. Selbst die Verbände oder Ortsgruppen, die voriges Jahr erhebliche Summen an Weihnachtsunterstützung bereitstellten, dürften es in diesem Jahre kaum noch in dem Maße zu tun vermögen. Es sind in der MZ schon gute Vorschläge gemacht, um die Verbundenheit zwischen den Kollegen herzustellen. Jede Seite sollte die für sie geeigneten Vorschläge anwenden.

Jedoch will es mir scheinen, als ob in all den Zuschriften, die zu der Gefahr der Kluft in der MZ Stellung genommen haben, noch nicht die Wurzel des Übels angeführt worden sei. Die innere Verbundenheit fehlt heute nicht nur zwischen den arbeitenden und nichtarbeitenden Kollegen, sondern sie fehlt auch zwischen der gesamten Kollegenschaft und den leitenden Stellen unseres Verbandes. Wir müssen unsern ganzen Organisationsapparat darauf hin überprüfen, ob er der gegenwärtigen schlimmen Krisenzeit gerecht werden kann. Unsere Bezirks-einteilung oder Verfassung ist, wie mir scheint, veraltet. Eine Hilfe bei der Werbe- und Aufklärungsarbeit haben die Ortsverwaltungen von der Bezirksleitung nicht in dem jetzt nötigen Maße. Wenigstens trifft das auf unsern Bezirk zu. Es ist einfach ein Unding, wenn die Kollegen von der Bezirksleitung sieben und noch mehr Stunden fahren müssen, um eine halbe Stunde vor dem Arbeitsgericht einen zu Unrecht entlassenen Kollegen zu vertreten. Oft werden die Prozesse ein paarmal vertagt . . .

In unserer Bezirksleitung sind drei Kollegen und ein Fräulein. Von diesen drei Kollegen hat nicht einer Zeit, in unsern Mitgliederversammlungen im Bezirk aufklärend zu wirken. Die Mehrzahl der Kollegen im Bezirk kennen die Kollegen von der Bezirksleitung gar nicht. Sie sind mit Arbeit überlastet. Wenn diese drei Kollegen auf den Bezirk verteilt würden, so könnte viel Zeit und Geld gespart werden. Was aber die Hauptsache ist, sie könnten sich um die Verwaltungen, die sie zu betreuen haben, mehr kümmern und können mit den Kollegen wieder mehr in persönliche Berührung kommen. Die Tuchfühlung zwischen Leitung und Kollegenschaft wäre wieder hergestellt. Das ganze Geschimpfe auf die Bonzen würde verschwinden und die innere Verbundenheit könnte dadurch leichter wieder hergestellt werden. Auch die Werbearbeit würde neu belebt werden, was besonders für die Gewinnung der Jugendlichen und Lehrlinge notwendig ist. Überprüfen wir also unsern Organisationsapparat. Es wird sich manches finden, um eine Besserung herbeizuführen.

Wenn dann die Versprechungen, die der Arbeiterschaft bezüglich der Abänderungen der Juni-Notverordnung gemacht wurden, eingelöst werden, oder wenn dieses nicht möglich ist, endlich mit der Stützung Brünnings aufgehört wird, dürfte ein weiterer Schritt zur Beseitigung dieser Kluft gemacht sein.

G. Gegner.

Der französische Verbandstag

Am 14. und 15. September tagte in Paris der Verbandstag der französischen Metallarbeiter. 110 Ortsgruppen waren durch 95 Delegierte vertreten. Die Eisenerne Internationale war zahlreich erschienen; vom DMV der Kollege Handke, Berlin. Aus dem Tätigkeitsbericht des Verbandsvorstandes für die beiden letzten Jahre entnehmen wir, daß sich der Mitgliederstand in letzter Zeit um einige Tausend erhöht hat, 24 neue Ortsgruppen wurden gegründet, von denen sechs auf Elsaß-Lothringen entfallen. An den Lohnkämpfen nahmen insgesamt 25 000 Mann teil. Hierfür wurden in der Berichtszeit von der Hauptkasse 177 000 Franken ausgegeben; für die Arbeitslosenunterstützung 104 000 Franken. In den Kassen für Arbeitslosigkeit und Streik befanden sich am 30. Juni 1931 rund 529 000 Franken.

Zunächst hatte der Verbandstag zur Wirtschaftskrise Stellung zu nehmen. Der Sekretär Chevalme berichtete über den Stand der Wirtschaft in Frankreich. Die Gesamtindustrie Frankreichs beschäftigt noch 65 vH ihrer Arbeiter mit 48 Stunden, 35 vH arbeiten kurz, davon 20 vH 40 bis 48 Stunden, 7 vH 40 Stunden, 6 vH 32 bis 40 Stunden und 2 vH weniger als 32 Stunden. Für die Metallindustrie wurde folgendes mitgeteilt: von den 1885 von dem Bericht erfaßten Betrieben, die 854 000 Leute beschäftigten, sind 100 000 ganz arbeitslos und 35 vH der noch Beschäftigten arbeiten unter 48 Stunden. Die Erzeugung der Schweißindustrie ist von 1929 bis 1931 um 17 vH zurückgegangen, in der mechanischen Industrie um 30 vH, im Autobau um 40 vH und in der Elektroindustrie um 25 vH. Im Schiffbau ist die Lage besonders schwierig. In den Werken für Eisenbahnbedarf sind infolge der großen Fehlbeträge der Eisenbahngesellschaften große Einschränkungen vorgenommen worden. Angesichts dieser Zustände, so sagt der Berichterstatter, müßte mit allen Mitteln die Löhne erhalten und die Arbeitszeit verkürzt werden.

Die gewerkschaftliche Spaltung in Frankreich und die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung wurde von dem Verbandstag ausführlich erörtert. Seit Monaten bemühen sich Anhänger einer aus oppositionellen Kommunisten gegründeten Kommission um die Wiedervereinigung der Gewerkschaften in dem alten Gewerkschaftsbund. Auch die Metallarbeiter nahmen wiederholt dazu Stellung. In einer Entscheidung werden die Ausgetretenen aufgefordert, in ihre alten Organisationen bedingungslos zurückzukehren. Es ist zu erwarten, daß diese Aufforderung nicht ergebnislos bleibt, denn die kommunistische Bewegung Frankreichs ist in starkem Zerfall begriffen und sehr viele frühere Mitglieder des alten Gewerkschaftsbundes sind von der kommunistischen Organisation enttäuscht.

Dann beschäftigte sich der Verbandstag mit Erhöhung der Verbandsbeiträge, die bisher monatlich (für die Hauptkasse) für weibliche und jugendliche Mitglieder 1 Franken, für erwachsene 2 Franken betragen. Die Beiträge sollen nach dem Vorschlag des Vorstandes auf 1,50 und 3 Franken erhöht

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 18. Oktober, ist der 43. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. Oktober 1931 fällig.

Änderung der Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse

Vom 4. Vierteljahr 1931 an werden die Farben der Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse gewechselt.

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der ersten Beitragsklasse (Grundbeitrag 1,10 M) wird grün (bisher rot).

Die Farbe der neuen Beitragsmarke der zweiten Beitragsklasse (Grundbeitrag 0,85 M) wird rot (bisher grün).

Die neuen Beitragsmarken gelten von der 40. Beitragswoche (27. September 1931) an. Nach dem 27. September dürfen Beitragsmarken der ersten und zweiten Beitragsklasse mit den alten Farben nicht mehr verwendet werden.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dessau: Der Schlosser Hermann Hedderich, geb. am 23. Oktober 1885 zu Wörlitz, Mitgliedsbuch Nr. 1904382, wegen Betrugs mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gleiwitz: Der Schlosser Walter Kühn, geb. am 5. Oktober 1912 zu Brieg, Mitgliedsbuch Nr. 6642995, wegen Fälschungen in seinem Mitgliedsbuch.

Öffentliche Aufforderung:

Der Schlosser Georg Schwarting, geb. am 9. Januar 1904 zu Osternburg, Mitgliedsbuch Nr. 5994506, bis März 1930 in Oldenburg i.O. angemeldet, wird hierdurch aufgefordert, seine Adresse dem Vorstand mitzuteilen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Ratibor; Hindenburg; Pirmasenz; Ueckermünde; Limbach i.S. Da die Zahl der Arbeitslosen in den Orten sehr hoch ist, kann Lokalgeschenk nicht mehr gezahlt werden.

werden, gleichzeitig mit dieser Erhöhung sollen die Unterstützungssätze der Arbeitslosen von 5 auf 8 Franken den Tag und die der Streikunterstützung von 3 auf 5 Franken verbessert werden. Diesem Vorschlag hat der Kongreß mit 103 gegen 44 Stimmen zugestimmt. Über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Erhöhungen soll eine Urabstimmung entscheiden. Zum Schluß des Verbandstages wurden die drei bisherigen Vorstandssekretäre wiedergewählt.

Fritz Didczum †

Aus Essen erhalten wir die traurige Nachricht, daß Fritz Didczum das Opfer eines tödlichen Betriebsunfalls geworden ist. Der verunglückte Kollege war Betriebsratsmitglied bei der Krupp AG. Als Arbeitervertreter in der Berufsgenossenschaft der Hüttenarbeiter wirkte er geradezu vorbildlich. Den Opfern der Arbeit und ihren Angehörigen war er ein treuer Berater und Helfer. Als Beisitzer im Oberversicherungsamt hat er Tausenden geholfen. 28 Jahre war Didczum Mitglied unseres Verbandes. Mit seiner Familie beklagen unsere Kollegen seinen tragischen Tod. Didczums Andenken wird noch lange fortleben.

Fritz Schneidewind 60 Jahre alt

Unser Kollege Schneidewind in Breslau ist am 10. Oktober 60 Jahre alt geworden. Er ist seit 35 Jahren Mitglied des DMV und er konnte in diesem Jahre sein Jubiläum als Angestellter des Verbandes feiern. Von 1906 bis 1924 war er I. Kassierer, gegenwärtig ist er Agitationsbeamter und erteilt Auskünfte. Die Mitglieder der Breslauer Verwaltungsstelle wählen ihn mehrmals zu ihrem Kongreßdelegierten. Wir wünschen dem Jubilär, daß er noch lange für die Arbeiterbewegung tätig sein kann.

Jubilarefeier

Am 12. September feierte die Verwaltungsstelle in Bayreuth ihr 40-jähriges Gründungsfest. Die Feier wurde in der einfachsten Weise durchgeführt, umrahmt von einigen Konzertstücken, und ein gemischter Chor des Arbeiter-Gesangvereins St. Georg gab mehrere Freiheitslieder zum Besten. Der Bevollmächtigte, Kollege Trautner, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste und bemerkte, daß heute auch 20 Kollegen, die 25 und mehr Jahre dem Verband die Treue gewahrt haben, zu ehren seien, und dankte allen Jubilären aufs herzlichste für ihre Verbandsstreue und empfahl sie den jungen Kollegen zur Nachahmung. Die Festrede hielt der Bezirkssekretär, Kollege Kneittinger, Nürnberg. Er schilderte die Entwicklung des Gesamtverbandes, insbesondere der Verwaltungsstelle Bayreuth. Um den Verband weiter zu stärken, sei es Pflicht eines jeden Metallarbeiters, Mitglied zu werden. Kollege Kneittinger bemerkte noch, daß Kollege Johann Trautner 28 Jahre Bevollmächtigter und Kollege Peter Badewitz 31 Jahre Beitragskassierer der Verwaltungsstelle sind. Kollege Trautner dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung und die freundlichen Worte, die ihnen zuteil geworden sind. Zum Schluß ein Tanzchen, das die Teilnehmer in der besten Stimmung beisammenhielt.

SCHRIFTENSCHAU

Naturfreunde-Bilderkalender. Der Naturfreunde-Abreißkalender liegt im schmucken Gewand mit 64 Kunstdruckbildern vor uns. Das Bildmaterial ist von den Naturfreunde-Fotogruppen gesammelt und stellt einen bunten Strauß von Wanderblumen aus allen Gauen Deutschlands dar. Der Kalender gewährt einen Einblick in die Vielseitigkeit der Naturfreundearbeit. Preis des Kalenders: 1,50 M. Naturfreunde-Verlag, Nürnberg W, Sündersbühlstraße 5.

ZdA im Jahre 1930. Das Buch gibt ein Bild von der sozialpolitischen und kulturellen Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen. Verlag Zentralverband der Angestellten, Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41.

Sitzung des Erweiterten Beirats

Wirtschaftslage — Regierungsmaßnahmen — Tarifikündigungen

Der Erweiterte Beirat des DMV war am 5. und 6. Oktober beisammen, um die wirtschaftliche Lage, die letzten Regierungsmaßnahmen und die Tarifikündigungen in der Metallindustrie zu besprechen und die dazu notwendigen Richtlinien aufzustellen. Der Vorsitzende Reichel behandelte die augenblicklich aktuellen Fragen der Wirtschaft. Er verwies auf den leidenschaftlichen Kampf der Unternehmer gegen die Sozialpolitik und gegen die Gewerkschaften sowie für den Abbau der Löhne, dessen Sinnwidrigkeit bis jetzt nur von einem kleinen Teil vernünftig denkender Unternehmer eingesehen wird. Die Unternehmer wollen, so führte der Redner aus, den Niedergang des Kapitalismus mit allen Mitteln aufhalten. Zu diesem Zweck redet man von einem Versagen der Gemeinwirtschaft, dies allerdings im gleichen Augenblick, in dem das Kapital nach Hilfe durch den Staat ruft und dieser Millionen und aber Millionen Mark für die Stützung des Kapitals hergeben muß. Dieselben Kreise, deren Versagen die gegenwärtigen Zustände mitverschuldet hat und denen vom Staat immerzu geholfen wird, behaupten zur Verdeckung der eigenen Schuld, daß Gewerkschaften, Sozialpolitik und der kollektive Inhalt des neuen Lohn- und Arbeitsrechts, die Wirtschaftskrise verursacht habe, und deshalb eingeschränkt und beeinträchtigt werden müßten.

Der Redner berichtet über die Verhandlungen der Gewerkschaften und der SPD mit Stegerwald und Brüning über die von der Regierung geplanten Eingriffe in das Tarifrecht, über die Senkung der Bezüge der Arbeitslosen und über die Wirtschaftspläne der Regierung. Der drohende Eingriff in das Tarifrecht, durch den 20 vH des Lohns abdingbar werden sollten, konnte einstweilen abgewehrt werden. Auf wie lange, kann niemand sagen. Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung konnte gleichfalls verhindert werden, nicht möglich war dies für die Bezugsdauer. Regierung und Unternehmer wollten diese auf 18 Wochen festsetzen; mit Mühe und Not gelang es, eine Bezugsdauer von 20 Wochen zu erhalten. Es ist also eine erhebliche Verschlechterung eingetreten. Die für den Winter genannte Zahl von sieben Millionen Arbeitslosen hält Redner für übertrieben. Die Ruhe im Baugewerbe, die in normalen Zeiten im Winter ein starkes Anschwellen der Arbeitslosigkeit herbeiführt, ist längst eingetreten; saisonmäßig wird die Arbeitslosigkeit also nicht so stark steigen. Schärfster Einspruch muß erhoben werden gegen die Zurückstellung der Wirtschaftspläne der Regierung. Diese will zunächst die Wirkung der Zusammenarbeit mit Frankreich abwarten, bevor irgendwelche weitergehende Schritte unternommen werden. Berechtigte Empörung herrscht darüber, daß angeblich die Verfassung eine Notverordnung zur Kürzung der hohen Pensionen verhindert, während die immer stärkere Beschneidung der Löhne und der Unterstützung der Arbeitslosen kein Eingriff in die Verfassung sein soll. Der Redner meint, es sei ein sittliches und moralisches Recht, den hohen Pensionen zu Leibe zu gehen. Die Regierung regte Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zur Schaffung eines „Burgfriedens“ an. Die Gewerkschaften werden Verhandlungen nicht aus dem Wege gehen, aber nur auf der Basis,

die die gegenwärtige Lohnhöhe unangetastet läßt. Annehmbare Ergebnisse kann man sich von diesen Verhandlungen nicht versprechen. Beweis für diese Ansicht sind die Artikel in der Unternehmerpresse, die alle darauf hinauslaufen, den Kapitalismus von den Bindungen loszulösen, die ihm in 40-jähriger erfolgreicher Tätigkeit der Gewerkschaften auferlegt worden sind. Als „Herr im Hause“ will der Kapitalismus wieder schalten wie ehemals und die Arbeitsbedingungen diktieren.

Zu den Russenaufträgen nimmt der Vorstand des DMV den Standpunkt ein, daß man im Hinblick auf die wirtschaftliche Not einer Überschreitung der jetzigen Kreditsumme zustimmen könnte, um Aufträge hereinzubekommen. Die Russenkredite belaufen sich auf eine Milliarde Mark. Davon entfallen 400 Millionen Mark auf das Reich, 300 Millionen Mark auf die Länder und 300 Millionen Mark auf die Industrie. Wiederholt wurde mit der Regierung wegen weiterer Kredite verhandelt. Aber das Reichswirtschaftsministerium und das Kabinett sind gegen alle Zusatzkredite, weil befürchtet wird, daß man eines Tages für die Kredite aufkommen muß und dies für den Staatshaushalt nicht tragbar ist. Augenblicklich müssen die Kollegen alle Hoffnung fahren lassen. Von den Hunderten von Anträgen können nur einige berücksichtigt werden.

Befürchtet wird von manchen Seiten, daß mit der Lieferung von Produktionsmitteln nach Rußland ein Wettbewerber entsteht, der später die deutsche Industrie aus ihren Absatzgebieten verdrängt. Der Redner teilt diese Bedenken nicht. Rußlands Entwicklung ist nicht aufzuhalten. Die andern Völker müssen, um dem drohenden Wettbewerb zu begegnen, eben zur Planwirtschaft kommen. Rußland nimmt zudem seine Waren und Maschinen, wo es sie bekommen kann. Liefert Deutschland nicht, dann Amerika, England oder ein anderes Land. Selbst

in das faschistische Italien hat Rußland Aufträge gegeben, dazu unter besseren Bedingungen als nach Deutschland. Die russischen Unterhändler nützen Deutschlands Not; sie drücken sehr stark auf die Bedingungen und verlangen derart lange Zahlungsfristen, daß es kaum möglich ist, die Aufträge auszuführen. Unsere im kommunistischen Lager stehenden Mitglieder sollten mit uns Einspruch gegen das Geschäftsgebot der russischen Unterhändler erheben, denn man trifft mit den harten Bedingungen nicht die Kapitalisten, sondern die deutschen Arbeiter.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit muß als ein Erfolg und als Auftakt für eine Verständigung der europäischen Völker betrachtet und gewertet werden. Mit dem von Frankreich aufgestellten umfassenden Wirtschaftsprogramm sind Arbeiten verknüpft, die auch für die deutsche Industrie, insbesondere den Maschinenbau, Aufträge bringen können; in Verbindung mit der französischen Kolonialpolitik ist auch ein Entgegenkommen in der Rohstoffversorgung zu erwarten. Diese Ziele sind ein kleiner Hoffnungsschimmer in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Daß sich die deutsch-französische Zusammenarbeit zunächst nicht auf politisches Gebiet erstreckt, ist begreiflich. Aber die Annäherung dieser zwei wichtigen Völker wird für die Befriedung Europas von erheblicher Bedeutung. Der wirtschaftlichen Annäherung wird die Ausräumung politischer Spannungen auf dem Fuße folgen. Gestaltenden Einfluß auf die Wirtschaft haben die Arbeiter noch nicht. Eigentlich müßten sie die Führung haben in dem sich vollziehenden Umformungsprozeß. Dies ist aber nur möglich bei völliger Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft. Diese ist leider nicht vorhanden und so stehen die Gewerkschaften in der Abwehr. Wir müssen versuchen, das Mögliche zu erreichen und herauszuholen.

Die Aussprache

An dieser beteiligten sich die Kollegen Ulrich-Berlin, Brandes-Berlin, Wolf-Essen, Köhler-Königsberg, Striefler-Hannover, Grune-Stettin, Kummer-Berlin, Teichgräber-Dresden, Schliestedt-Berlin, Bredow-

Berlin, Gubatz-Bielefeld, Metz-Berlin, Schulenburg-Karlsruhe, Klein-Siegburg, Miele-Berlin, Hedtstück-Gevelsberg, Weber-Offenbach, Baßler-Heilbronn, Fritsch-Essen, Heide-München; einige davon wiederholt. Es ist in der Zeitung unmöglich, die Ausführungen der Redner, wenn auch nur stark verkürzt, wiederzugeben. Das von dem Referenten entrollte Bild wurde ergänzt und vervollständigt. Über die Kreditierung weiterer Russenaufträge sind die Ansichten geteilt. Einige Redner halten diese für verhängnisvoll, die langen Kredite bedeuteten eine Vergeudung von Volkskräften; mit den für die Russen aufgewendeten Geldern müßte man Inlandsaufträge erteilen. Andere Redner verweisen darauf, daß Deutschland, weltpolitisch gedacht, Aufträge in großem Ausmaß braucht, und sind mit dem Referenten der Ansicht, daß eine Ausweitung der Kredite für Aufträge zweckmäßig wäre. Das Wichtigste sei, den Hunger nach Arbeit zu stillen. Die Russenaufträge sind von großer Bedeutung für die Konjunktur. Auch das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen findet nicht allgemeinen Beifall. Ein Redner meint, daß Briand, Laval und die französische Presse von der französischen Schwerindustrie abhängig sind und daß Frankreich keine Verwendung für deutsche Maschinen habe. Die Hoffnungen auf Frankreichs Hilfe würden enttäuscht werden. Die Mehrzahl der Redner zu dieser Frage ist der Ansicht, daß sich das bessere Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland auswirken werde und einen Schritt auf dem Weg zur europäischen Zollunion bedeute.

Die Redner aus allen Teilen des Reiches berichten über die ungeheure Gärung unter den Metallarbeitern. Der Regierung und den Unternehmern müsse erneut gesagt werden:

Das Maß ist voll, die Arbeiter können den Hungerriemen nicht mehr enger schnallen.

Wenn die Warnungen und Mahnungen an die Regierung auch weiterhin ungehört verhallen, wenn die systematische Hetze der Unternehmer in der seitherigen Form weitergeht, dann haben sich diese Kreise die daraus entstehenden Folgen selber zuzuschreiben.

Im Zusammenhang mit allen diesen Fragen wurde die Tolerierungspolitik der SPD behandelt. Die Befürworter dieser Politik verweisen darauf, daß nach Brüning ein ganz rechts eingestelltes Kabinett kommen wird, was eine außerordentliche Verschärfung der jetzigen Zustände, eine weitere Einengung der Lebenshaltung der Arbeiter, einen weiteren Abbau der sozialen Leistungen bedeutet, denn kein Kabinett komme um die Tatsache herum, daß eine ausländische Verschuldung — bei Abrechnung unserer Auslandswerte — von 15 Milliarden auf Deutschland lastet, und daß gewaltige Summen an Kriegsschulden, sozialen Lasten u. a. m. zu tragen sind. Doch sind sich alle Redner darin einig, daß die Grenze des Erträglichen überschritten ist, so daß neue Wege beschritten werden müssen, auf denen die Arbeiter aus ihrer verzweifelten Lage herauskommen können.

Von verschiedenen Rednern wird die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung getadelt. Die Meinungsfreiheit soll in keiner Weise unterbunden werden, aber die Zeitung müsse die gemeinsame Linie einhalten, um nicht Verwirrung in die Kreise der Mitglieder zu tragen, die sich schädlich auswirken würde, wenn der Verband zu entscheidenden Schritten aufruft.

Ein Redner berichtet über die Auswirkungen der Krise auf die sozialen Baubetriebe und andere Arbeiterunternehmen, ein anderer über das Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben in der Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung sowie über die Notwendigkeit der Sanierung dieser sozialen Einrichtungen. Bei den Versicherungsanstalten steigt die Zahl der Rentempfänger und der Rentenlast von Tag zu Tag, die Einnahmen sind um 20 bis 25 vH gesunken.

In einem Schlußwort werden von dem Referenten Reichel die Vorschläge und Ausführungen der Redner auf ihre praktische Anwendung besprochen. Die Weiterführung der Invaliden- und Krankenversicherung in der seitherigen Weise sei in der Tat gefährdet. Die Gesamtlage habe sich erheblich verschlechtert. Das ganze Gebäude wackele, auf dem die Wirtschaft ruht, und wir müßten alles tun, um diese aus ihrer Erstarrung herauszubringen. Die Sorge um die Aushöhlung des Tarifrechts sei berechtigt, jeder gesetzliche Eingriff in das Tarifvertragswesen müsse bekämpft werden.

Die von gegnerischer Seite propagierte Schaffung eines neuen inneren Zahlungsmittels würde, so führte Reichel weiter aus, den Beginn einer neuen Inflation bedeuten, von der die Arbeiterschaft den größten Schaden hätte. Bei den Lieferungen nach Rußland muß verlangt werden, daß die Bedingungen gleichartig werden mit denen anderer Länder und das Reich muß Bürgschaften für Aufträge übernehmen. Die Tolerierung der Regierung scheint immer noch das kleinere Übel, aber in dieser Frage

kann über Nacht eine Änderung eintreten,

die die Partei und die Gewerkschaften vor entscheidende Schritte stellt. Mutlosigkeit und Verzweiflung darf nicht Platz greifen. Es ist den Unternehmern dank ihrer Macht und der Zersplitterung der Arbeiter gelungen, die Gewerkschaften stark in die Defensive zu drängen; im Hinblick auf die beispiellose Wucht der Krise ist es sogar möglich, daß wir noch weitere Schlägen erleiden, aber die völlige Lahmlegung der Gewerkschaften, die völlige Beseitigung jeder sozialen Bindung werden die Unternehmer nie und nimmer erreichen. Unser Kampf gilt zunächst der Erhaltung dieser Bindungen, die — weiter ausgestaltet — hinüberleiten zur sozialistischen Plan- und Gemeinwirtschaft der Zukunft.

Die Tarifikündigungen

Der Vorsitzende Brandes spricht über die Tarifikündigungen in der Metallindustrie und die daraus sich ergebenden Folgen. Das Ziel der Unternehmer geht dahin, sagt der Redner, den Lebensstandard der Arbeiter auf die Zeit zehn Jahre vor dem Krieg herabzudrücken, und die Unternehmer setzen alle ihre Kräfte auf die Erreichung dieses Zieles ein. Ein großer Hemmschuh bei diesem Bestreben sind die Gewerkschaften; man arbeitet daher eifrig an deren Beseitigung. Offen kommt dies zwar im allgemeinen nicht zum Ausdruck, aber manchmal springt die Katze aus dem Sack. So finden wir z. B. in einer Zeitung im Gebiet der Schwereisenindustrie die folgende Zusage:

„In der deutschen Unternehmerschaft wächst ja endlich die Einsicht, daß eine grundlegende Wandlung unserer Wirtschaftspolitik solange nicht von dauerhaftem Erfolg sein kann, wie die deutschen Gewerkschaften in ihrer Stärke erhalten und vor allem mit dieser augenblicklichen Ausschließlichkeit die Interessenverwalter der Arbeitnehmer bleiben. Eine wirksame Wandlung in der Wirtschafts- und Lohnpolitik wird sich daher sichern lassen, wenn man den Einfluß und die Bedeutung der Gewerkschaften wesentlich zurückdrängt oder das Interesse der Arbeitnehmer an den Gewerkschaften abschwächt“

Das erscheine zunächst unmöglich, sei es aber nicht, wenn man teile und herrsche!“

Die Front der Arbeitnehmer müsse in Gruppen zerlegt werden, mit denen man sich einzeln auseinandersetzt. Das koste Geld. Der Betrag stehe aber in keinem Verhältnis zu dem Erfolg, der damit erreicht wird.“

Für die Spaltung der Gewerkschaften ist also, sagt der Redner weiter, Geld genug vorhanden, während sonst angeblich die Wirtschaft in größter Not sei und aus diesem Grund auch ein neuer Feldzug gegen die „zu hohen“ Löhne eingeleitet werden muß. Hundertmal haben die Gewerkschaften auf die Unsinnigkeit dieses Tuns hingewiesen. Vergebens!

Bei dem Vergleich der jetzigen Löhne mit früheren Jahren vergißt man gerne, die Lohnsteuer, die Bürgersteuer, die Versicherungsbeiträge aller Art, die Mieterhöhungen und andere Dinge in Rechnung zu stellen. Diese eingerechnet, ist vielfach der Lohn bereits auf und unter den der Vorkriegszeit gesunken.

Die Unternehmer verweisen bei jeder Gelegenheit auf die niederen Löhne des Auslands, durch die ein Wettbewerb nicht mehr möglich sei. Nach einer Zusammenstellung des Internationalen Arbeitsamts sind die deutschen Löhne nicht höher als die der Löhne anderer Staaten, mit denen Deutschland im Wettbewerb steht, und gegenüber den niederen Löhnen einiger Staaten (Polen, Tschechoslowakei) stehen eine leistungsfähigere Arbeiterschaft und technisch vorzüglich ausgestattete Betriebe, mit denen auch dem Wettbewerb dieser Staaten begegnet werden kann. Die Einwendungen der Unternehmer über die Unmöglichkeit des Wettbewerbs mit andern Ländern wegen der Lohnkosten sind also unberechtigt.

Der Schiedsspruch im Ruhrbergbau muß, ähnlich gewertet werden wie seinerzeit der Oeynhausener Spruch und der Spruch im Berliner Metallarbeiterstreik. Diesmal geht die Senkung der Löhne unter dem Schlagwort „Auflockerung der Tarife“. Diese „Auflockerung“ hat aber bereits in ausgiebigem Maße stattgefunden; man hat die Tariflöhne um 10 bis 20 vH abgebaut, die Akkorde sind auf der ganzen Linie gekürzt, die Leistungszulagen sind abgebaut worden. Die Kürzung der Löhne in Verbindung mit der Kurzarbeit und anderen Einschränkungen hat ein nicht mehr zu überbietendes Ausmaß erreicht. Wir müssen jeden weiteren Lohnabbau auch aus dem Grund ablehnen, weil die Löhne in der Metallindustrie an sich niedriger sind als in andern Industrien. Das wissen die Metallindustriellen sehr genau. Deshalb ihr Widerstand gegen die jetzt fällige Untersuchung der Löhne in der Metallindustrie. Sie wird beweisen, daß von einer Starrheit der Löhne in dieser Industrie keine Rede sein kann.

Die Unternehmer in der eisenerzeugenden und weiterverarbeitenden Metallindustrie haben bis Anfang Oktober

244 Lohnsätze gekündigt, die über 660 000 Arbeiter umfassen. Dazu tritt die Kündigung von 98 Manteltarifen und Arbeitszeitabkommen mit etwa 123 000 Beteiligten.

Das Unternehmertum rechnet wegen der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse und der großen Arbeitslosigkeit auf keinen Widerstand der Arbeiter bei weiterem Lohnabbau. Wir warnen sie und die Regierung. Die Folgen müssen noch weitere Verschlechterung der Kaufkraft und damit erhebliche Schädigung der Wirtschaft und noch schlimmere Massenarbeitslosigkeit sein, die nicht nur zu schweren Schäden für die Arbeiter, sondern auch zu erheblichen Erschütterungen des Staates und der Gemeinden führen müssen. Für die Metallindustrie ist vielmehr eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend erforderlich. Die beträchtlich gestiegenen Leistungen sowohl der menschlichen wie der maschinellen Arbeitskraft machen gerade in dieser Industrie die

Durchführung der 40-Stunden-Woche zwingend,

da selbst bei einer stark steigenden Beschäftigung keine Aussicht besteht, auch nur die qualifizierten Arbeitskräfte wieder in die Produktion einzuschalten. Die Regierung hat weder von dem Gutachten der von ihr selbst eingesetzten Kommission noch von der Notverordnung zugunsten der 40-Stunden-Woche Gebrauch gemacht. Es ist vielmehr noch in den letzten Wochen ein Schiedsspruch ergangen, der die wöchentliche Arbeitszeit von 52—56 Stunden erneut bestätigt und für Monate festlegt.

Die Notwendigkeit der Fünftagewoche wollen die Unternehmer immer noch nicht einsehen, ihr Widerstand dagegen ist nicht geschwunden. Der DMV wird seine Arbeitszeitabkommen kündigen, um der Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit mehr Nachdruck zu verleihen. Mit den Unternehmern sollen erneut Verhandlungen über die Einführung der 40stündigen Arbeitszeit angebahnt werden. Hunderttausende könnten aus ihrer Verzweiflungssituation herausgebracht werden, wenn durch diese Arbeitszeitverkürzungen offene Stellen frei werden.

Die Aussprache

ist recht lebhaft. Es beteiligen sich daran Napplein-Nürnberg, Beisenbruch-Oberhausen, Weh-Köln, Schulenburg-Karlsruhe, Lost-Berlin, Petersen-Hamburg, Bernard-Frankfurt, Händel-Dresden und Ulrich-Berlin. Von einem Redner aus dem Westen wird hervorgehoben, daß die mitgeteilten Zahlen über den Lohnabbau den tatsächlichen Verhältnissen bereits nicht mehr entsprechen. In vielen Fällen verdienen Arbeiter weniger, als das Wohlfahrtsamt an Unterstützung zahlt. In der Schwerindustrie besteht auch der Skandal, daß in der Arbeitszeitfrage noch nicht einmal die Verordnung vom Juli 1927 durchgeführt wurde, die den Achtstundentag in den Warmbetrieben der Hüttenindustrie vorsieht. Von einem anderen Redner wurde dem tariflosen Zustand das Wort geredet. Die meisten Redner wenden sich jedoch dagegen. Ein Redner meint, daß durch einen tariflosen Zustand viele Arbeiter erst den Wert der Tarife erkennen würden.

In seinem Schlußwort wendet sich der Referent zunächst gegen eine Herabsetzung der Beiträge, die in der Aussprache erwähnt wurde. Eine Beitragsverringerung würde die sozialen Leistungen des Verbandes stark gefährden und seine Kampfkraft schwächen.

Dem Reichsarbeitsministerium und den Schlichtern muß erneut gesagt werden, daß ein weiterer Lohnabbau in der Metallindustrie schlechterdings unmöglich ist. In der Arbeitszeitfrage rechnet der Vorstand mit Erfolgen. Die Stimmung im Unternehmerlager hat sich etwas gewandelt. Redner erinnert an die Stellung der Arbeitgeber bei den Verhandlungen über die Arbeitszeit im Vorjahr. Damals beharrten die Arbeitgeber auf der 48-Stunden-Woche und forderten darüber hinaus 150 zusätzliche Arbeitsstunden im Jahr, die der Arbeitgeber nach seinem Belieben anordnen könne. Von solchen Forderungen ist heute keine Rede mehr. Selbst das größte Scharfmacherorgan, die Bergwerks-Zeitung, spricht von dem „großen, bedeutsamen Problem der 40-Stunden-Woche“.

(Schluß auf Seite 306)

Sitzung des Erweiterten Beirats

Um der Stellung der Gewerkschaften im Kampfe gegen soziale Verschlechterungen stärksten Nachdruck zu verleihen, sei jetzt noch mehr als sonst geschlossenes Handeln aller Mitglieder unseres Verbandes erforderlich.

Um den Standpunkt des Beirats zu den besprochenen Fragen zum Ausdruck zu bringen, wurde — einstimmig — angenommen die folgende

Entschliebung

Der Erweiterte Beirat des DMV nimmt in eingehender ernster Beratung Stellung zur allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Er verurteilt aufs schärfste die einseitige und ungerechte Belastung der Arbeiterklasse durch die Maßnahmen der Reichsregierung und der staatlichen Schlichtungsorgane.

Unter Bezugnahme auf die Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände vom 1. Oktober 1931 verlangt der Erweiterte Beirat deren schleunige Verwirklichung. Insbesondere lehnt er jeden weiteren Lohnabbau ab und warnt die Regierung vor den Folgen der stärkeren Belastung der Arbeiterschaft. Dringend erforderlich ist die Durchführung der 40stündigen Arbeitswoche und das Verbot von Überzeitarbeit.

Über die Forderungen der Spitzenverbände hinaus ist dringend notwendig: 1. eine gesteigerte Vergütung öffentlicher, wirtschaftlich nutzbringender Arbeiten, insbesondere durch Post und Eisenbahn, sowie Förderung der Bauwirtschaft durch vermehrte Bereitstellung von Hauszinssteuermitteln. 2. Eine Erweiterung der Kreditgewährung und Bürgschaften durch Reich und Länder zur Übernahme von Auslandsaufträgen durch die deutsche Industrie.

An die Verbandsmitglieder richtet der Erweiterte Beirat die Mahnung zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Einheit und inneren Geschlossenheit der Organisation. Mehr denn je ist in diesen Zeiten wachsender Not brüderliche Solidarität, höchste Vorbereitung und Kampfbereitschaft für das Endziel der sozialistischen Gemeinwirtschaft das Gebot der Stunde.

Am Schlusse der Tagung werden noch einige verwaltungstechnische und agitatorische Angelegenheiten besprochen. Die Spaltung der SPD wird scharf verurteilt; dies gilt insbesondere für den Kollegen Oettinghaus, dessen Handlungsweise auch seinen besten Freunden unfählich ist. Niemand will glauben, daß Oettinghaus, der ein Lebensalter und bis in die neueste Zeit die Kommunisten und ihre Handlungen bekämpft und verurteilt hat, jetzt plötzlich aus Überzeugung zu dieser Partei hat übertreten können.

Der Vorstand nimmt Veranlassung, auf die Beschlüsse der Verbandstage hinzuweisen, wonach zwar jedem Mitglied volle Meinungsfreiheit zusteht, aber keine Handlungen begangen werden dürfen, die mit den Interessen des Verbandes nicht vereinbar sind. Brandes erinnert an das Wort Losowskis, der ausführte: Wir müssen den reaktionären Verbandsapparat sowohl von innen als von außen in die Luft sprengen. In den Gewerkschaften sieht die KPD die Hauptstütze der SPD. Der Vorstand wird allen Handlungen entgegenzutreten, die sich gegen die Gewerkschaften richten, nicht wegen der Angestellten des Verbandes, sondern weil nur mit Hilfe der Gewerkschaften die gegenwärtig ungeheuer schwere Zeit gemeistert werden kann. Die Zerschlagung der Gewerkschaften liegt auch in der Absicht der Unternehmer; wer also die gleichen Absichten verfolgt, besorgt deren Geschäfte. Mehr denn jemals kann uns nur Einigkeit und Geschlossenheit helfen. Dies muß jedes Mitglied beherzigen!

Advertisement for GEG Zigarette featuring an illustration of a man smoking and text: 'Erhöhte Behaglichkeit und nachhaltige Entspannung durch eine gute GEG Zigarette'. Includes prices for different brands like Smarra, Naptun, Kiehl, Iris, Phantus, Gastalde.

Kollegen! Bestellt rechtzeitig die »Betriebsräte-Zeitschrift«

Blutreinigungskuren

Jede jeder Mensch, der seine Gesundheit liebt, von Zeit zu Zeit durchführen, denn unreines Blut ist hauptsächlich die Entstehungsbasis der meisten Krankheiten, wie z. B. Hautausschläge, Gicht, Rheumatismus, Arterienverkalkung und vieler anderer; daher heißt es, ständig darauf bedacht sein, das Blut gesund erhalten zu lassen.

- Dr. 16 Blut- und Darmreinigungstee Paket 1,50 RM.
Dr. 17 Blut- und Hautreinigungstee Paket 1,50 RM.
Dr. 18 Blut- und Nierenreinigungstee Paket 2,- RM.

- Dr. 19 Blut-Entgiftungs- und Entfärbungs-Tee (verfärbt nicht) Paket 2,50 RM.
Dr. 20 Kräuter-Balder Paket 3,- RM.
Dr. 21 Kräuter-Tabletten Paket 3,- RM.

Advertisement for BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA, featuring the text 'Rein deutsches Erzeugnis' and 'Kleine Tube 50 Pfg.'.

Large advertisement for 'Preisermäßigung für Metallarbeiter-Former-Klempner- und Jugend-Kalender 1932'. Includes the DMV logo and text: 'Alle Verwaltungsstellen und Funktionäre des DMV nehmen Bestellungen entgegen'.

Advertisement for Josef Witt, Weiden-Oberpf., featuring a list of products and prices: '2500 Arbeiter und Angestellte', '31472 Spindeln in eigener Spinnerei', '1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien', '700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren', '900000 Nachbestellungen', 'Weisses Hemdentuch', 'Vorhangstoff', 'Handtücher', 'Baumwolltuch', 'Hemdenflanell', 'Weisses Makotuch', 'Stuhluch', 'Frottierhandtücher', 'Damentaschentücher', 'Wischtücher', 'Weisses Hemdentuch'.

Advertisement for 'Billige böhmische Bettfedern' with an illustration of a goose and text: 'Nur reine gefüllte Sorten - Ein kg ganze geschlossene Mk. 2,50'.

Advertisement for 'Schlafzimmer' and 'Ei-Betten' with text: 'Schlafzimmer mit 2 Betten, 2 Nachtschränken, 2 Kommoden, 2 Stühle, 2 Tische, 2 Spiegel, 2 Leuchten, 2 Teppiche, 2 Vorhänge, 2 Gardinen, 2 Kissen, 2 Decken, 2 Bettwäsche, 2 Handtücher, 2 Tischdecken, 2 Tischläufer, 2 Tischset, 2 Stühle, 2 Tische, 2 Spiegel, 2 Leuchten, 2 Teppiche, 2 Vorhänge, 2 Gardinen, 2 Kissen, 2 Decken, 2 Bettwäsche, 2 Handtücher, 2 Tischdecken, 2 Tischläufer, 2 Tischset'.

Advertisement for 'Neue Gänsefedern' with text: 'Neu geputzt, sterilisiert, leicht, weich, elastisch, haltbar'.

Advertisement for 'Geschenke billig' featuring an illustration of a bicycle and text: 'Weihnachtskatalog gratis', 'Sigmund Kassel 439'.

Advertisement for 'Zähne Hals u. Mund' with text: 'bleiben stets gesund durch Holzmanns Hamstropfen', 'Gratis', 'G. Lutz, Abt. A 22 Nürnberg N.'.

Advertisement for 'Fabrik-Refle 1 Pfund 50 Pfg.' with text: 'Reife und leichte Sommerstoffe in jeder Art', 'Hermann Wändisch & Co. Augsburg N 33'.

Advertisement for 'Blanc Arbeitsanzüge' with text: 'aus schwarzem, Hartbach od. Ia. Köper, 6,50 bis extra schwer, unvers. Körperrell 7,50', 'Kauft nur bei Inserenten unseres Blattes'.

Advertisement for 'Tuche' with text: 'Werben ab Innenstoffe', 'Fabrik', 'Verlang. Sie sofort Muster'.